

Berichte



2012

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Wohnraumversorgung in Städten – eine neue Wohnungsnot?!	14	Difu-Fortbildungsprogramm 2013
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	15	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
4	Die soziale Spaltung in deutschen Großstädten nimmt zu	16	Sozialer Wohnraum – knapp und teuer?
5	Wer zahlt die Kitas und Grundschulen in neuen Wohngebieten?	17	Kommunale Wirtschaftsförderung
6	Investitionsbedarf der Kommunen für eine altengerechte Infrastruktur	18	Risikomanagement im Jugendamt
7	REFINA realisiert Forschung für und mit Kommunen	19	Pflegekinder – Kinder zwischen allen Stühlen?
8	Fahrradparken in der Stadt	20	Qualitätsmanagement in der Radverkehrsförderung
9	Bundesverkehrswegeplanung in Difu-Gutachten untersucht		Weitere Rubriken
10	Difu-Datenbank KOMM.DEMOS	21	Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
	Neue Projekte	22	Difu aktiv: Auswahl
11	Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz	23	Was ist eigentlich das Subsidiaritätsprinzip?
12	Klimaschutz in historischen Quartieren	23	Difu-intern: Abschied und Neubeginn
13	Startschuss: Wettbewerb Alkoholprävention im öffentlichen Raum	25	Mediennachlese
		26	Impressum
		27	Bestellschein

Wohnraumversorgung in Städten – eine neue Wohnungsnot?!



Klaus J. Beckmann

Foto: David Ausserhofer

Das Thema Wohnraumversorgung löst Emotionen aus. Dies ist verständlich, vor allem im Zusammenhang mit steigenden Miet- und Nebenkosten oder dem Verkauf großer ehemals kommunaler Bestände. Die Politik aller föderalen Ebenen ist daher gefordert, die tatsächliche Ausgangslage in Erfahrung zu bringen und Handlungsbedarf zu definieren. Vor allem unsichere Anlageformen für privates oder institutionelles Kapital lenkten in letzter Zeit die Aufmerksamkeit von Investoren wieder auf den bleibenden Wert von Immobilien – auch Wohnimmobilien.

Wohnen ist eine Basisfunktion der Städte

Im Gegensatz zu früher stand die Wohnraumversorgung in den letzten Jahren jedoch nur bei einigen Städten – v.a. mit steigender Bevölkerungszahl – auf der politischen Agenda. Nach dem Krieg waren der Ersatz zerstörten Wohnraums, Erhalt und Erneuerung sowie die Versorgung hinzuziehender Bevölkerung wichtige Aufgaben. Stand zunächst der Geschosswohnungsbau mit „sozialen“ Mietwohnungen im Vordergrund, so waren seit den 60er-Jahren Eigenheime gefragt, was teils zu einer starken Suburbanisierung führte.

Diese hohen Wohnungsbauleistungen konnten jedoch nur durch ein abgestimmtes Zusammenwirken von Baulandausweisung, Wohnungsbauförderung und einer gezielten Förderung der Nachfrager (z.B. Wohngeld) gesichert werden.

Gibt es eine neue Problemlage?

Die aktuelle, teilweise dramatisierende Aufmerksamkeit für eine „neue Wohnungsnot“ in Städten wirft die Frage nach der tatsächlichen Lage auf: Gibt es öffentlichen – vor allem kommunalen – Handlungsbedarf? Fakt ist, dass vor allem seit dem Jahr 2000 Bauanträge und Fertigstellungen von Wohnungsbauvorhaben dramatisch zurückgegangen sind. Wohnbauland wurde zunehmend weniger ausgewiesen – auch mit Hinweis auf Umnutzungs- und Nachverdichtungspotenziale auf Brachflächen im Innenbereich. Die mit der Föderalismusreform und dem nachfolgenden Entflechtungsgesetz auf die Länder verteilten Kompensationsmittel in Höhe von rund 518 Millionen Euro pro Jahr wurden zudem in einigen Bundesländern sehr unter-

schiedlich eingesetzt – nicht immer lag dabei die Priorität auf der Schaffung von Wohnraum für niedrige Einkommensgruppen. Im Ergebnis wurden 2010 nur rund 160 000 Wohnungen errichtet; zu wenig angesichts eines vom BBSR in Szenarien geschätzten Bedarfs von bis zu 265 000 Wohneinheiten pro Jahr. Letztlich ist der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand über die Jahre kontinuierlich auf derzeit sieben Prozent gesunken – bei gleichzeitiger Zunahme des Bevölkerungsanteils unterhalb der Armutsgrenze. Parallel sind gerade auch in kostengünstigeren Wohnungsbeständen relativ stärkere Mietpreissteigerungen zu beobachten.

Die Ausdifferenzierung der Nachfrage führt zu Umnutzungen, Gebäudemodernisierungen und Ergänzungsneubauten. Dies betrifft besonders Innenstädte, Gründerzeitquartiere und ungenutzte Büro- und Gewerbebauten – sowie hochwertige Wohnungen. Die damit ausgelöste Verdrängung finanzschwächerer Menschen – auch „Gentrifizierung“ genannt – führt langfristig zur Selektion und Trennung sozialer Gruppen. Dies gefährdet die Stabilität der unterschiedlichen sozialen Bevölkerungszusammensetzung in einzelnen Quartieren.

Die Situation wird dadurch erschwert, dass Leerstände – vorrangig in Gebieten mit sinkender Bevölkerungszahl – meist in Großwohnsiedlungen, unsanierten Altbauquartieren und umweltbelasteten Standorten bestehen. Die Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt, da Kaltmieten und Nebenkosten gestiegen sind. Maßnahmen der Energieeinsparung und -effizienzsteigerung spielen hier eine wichtige Rolle und müssten hinsichtlich Vorgaben und Umsetzungsgeschwindigkeit kritisch hinterfragt werden. Während die Nettokaltmieten laut Statistischem Bundesamt zwischen 2000 und 2011 um 14 Prozent anstiegen, sind die Kosten für Wasserverbrauch und Abfall um 18 Prozent und die für Energie um 28 Prozent gestiegen! Außerdem ist wegen der hohen baulichen Standards kaum preiswerter Neubau zu erstellen, so dass Bestandswohnungen gerade auch für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen gesichert und weiter entwickelt werden müssen. Dies erfordert neue Strategien bei der Modernisierung wie

auch beim Erhalt bzw. Erwerb von Belegungsrechten. Zudem sind die „Sickereffekte“ von Wohnungsneubau in höheren Preissegmenten fraglich, da mit der Neuvermietung frei werdender Wohnungen in angespannten Märkten immer deutliche Mietsprünge verbunden sind. Gerade preiswerte Wohnungen verschwinden dadurch vom Markt.

Auch wenn sich die Anforderungen an Wohnungen und Quartiere qualitativ verändert haben, so hat die Alltagsbedeutung nicht abgenommen. Gewandelte Anforderungen resultieren aus neuen Lebensformen, Haushaltsstrukturen und -größen aber auch aus der Alterung der Bevölkerung und einer teilweise umstrukturierten Arbeitswelt.

Die Bevölkerungsabnahme führte zwar in manchen Wohnungsteilmärkten zu einer Entspannung – was eine verstärkte Zurückhaltung bei Wohnungsneubau, Umnutzung zu Wohnungen oder Grunderneuerungen nach sich zog. Dies gilt auch für die zu erwartende Bevölkerungsabnahme bis 2020, 2030 oder später. Dabei wird allerdings nicht ausreichend berücksichtigt, dass mit der Verkleinerung der Haushaltsgrößen die Anzahl der Haushalte nicht ab-, sondern sogar zugenommen hat – gleichwohl mit teilweise veränderten Nachfragestrukturen.

Inhomogene Wohnungsmärkte

Bei der Analyse sowie der planerischen und politischen Handhabung muss berücksichtigt werden, dass Wohnungsmärkte aus getrennten Teilmärkten bestehen: innerhalb einzelner Regionen, Städte, Quartiere, aber auch sozial und räumlich ausdifferenziert. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zunahme von Zwei- und Einpersonenhaushalten sowie Alleinerziehender, mehr allein lebende ältere Menschen, Alterung der Bewohner und Anforderungen an Barrierefreiheit bzw. Behindertengerechtigkeit, Haushalte, in denen sich durch unterschiedliche Arbeits- oder Ausbildungsorte eine „Multilokalität“ des Lebens und damit der Wohnstandorte ergibt, sowie die verstärkte Nutzung von Wohnungen als Arbeitsplätze („Home Office“).

Dies führt zur Nachfrage nach neuen Wohn-, aber auch neuen Rechts-, Organisations- und Finanzierungsformen wie generationenübergreifenden Wohnprojekten, Bau(herrn)gemeinschaften, Baugruppen, neuen Genossenschaftsformen.

Die (vermeintliche) Sättigung der Wohnungsmärkte in Städten und Regionen mit abnehmender oder gleichbleibender Bevölkerungszahl führt – im Zusammenspiel mit der Rück-

führung der Wohnungsbauförderung, der Verlagerung der Zuständigkeiten vom Bund auf die Länder sowie der Umstrukturierung von der Objekt- zur Subjektförderung – zum Rückgang von Wohnungsfertigstellungen und Bauanträgen für Wohnungen, bei gleichzeitiger Dominanz der oberen Marktsegmente.

Was ist auf kommunaler Ebene zu tun?

Die wachsende Nachfrage fast aller Bevölkerungsgruppen nach dem Wohnstandort Stadt erfordert es, auf kommunaler Ebene gemeinsam zu handeln: mit teilmarkt-differenzierten Bestandsaufnahmen und -analysen, Problem- und Chancen-Analysen sowie Konzeptentwicklung. Zudem sind kommunale Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften, große private Wohnungsbaugesellschaften, Mietervereine sowie Haus- und Grundstückseigentümerversorger am „Runden Tisch Wohnen“ zusammenzuführen.

Aufbauend auf belastbaren Analysen sind Handlungskonzepte zu entwickeln und zu verabreden. Dabei geht es um

- städtebauliche Fragen der Nutzung von Brachflächen und Baulücken, der Stadterneuerung, der Umnutzung von Büro- und Gewerbebauten/-flächen,
- wohnungswirtschaftliche Fragen der Unterstützung von Teilmärkten unter Beachtung räumlicher und sozialer Perspektiven sowie der Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung von „neuen“ Genossenschaften, z.B. durch Bereitstellung kommunaler Grundstücke zum Verkehrswert oder durch Vergabe von Erbpachtverträgen,
- die ordnungspolitische Frage nach den Standards im Neubau und der Sanierung von preiswertem Wohnraum.

Gemeinsam mit den Ländern – aber auch dem Bund – müssen neue Förderwege entwickelt werden, die auf die Investitionsbereitschaft von Haushalten mit mittlerem und leicht unterdurchschnittlichem Einkommen abzielen und Anstöße für Wohninvestitionen geben – beispielsweise durch die Gründung von oder den Beitritt in Wohnbaugenossenschaften oder auch durch die Stärkung der Eigenheimrente. Der Rückgang der Sozialwohnungen oder Wohnungen mit Belegungsbindung muss gebremst werden – auch wenn angesichts der Schuldenlage der öffentlichen Haushalte die Möglichkeiten begrenzt scheinen. Es besteht großer Handlungsbedarf zur Sicherung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und zur abgewogenen Stützung der „Renaissance der Städte“. Das Thema verdient höchste Aufmerksamkeit und höchsten Einsatz, es verträgt keine Aufgeregtheit und Kurzfristreaktionen.

Tipps zum Weiterlesen:

- Statistisches Bundesamt, Fachserie 17; Reihe 7; 5/2011
- Wohnungsmarktprognose 2025, Analysen Bau.Stadt. Raum, Band 4, Hrsg.: BBSR, Bonn 2011
- Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt, Edition Difu, 8, 2010, 352 S., ISBN: 978-3-88118-475-5
- Die soziale Spaltung in deutschen Großstädten nimmt zu, S. 4 in diesem Heft
- Sozialer Wohnraum – knapp und teuer, Difu-Seminarbericht, S. 16 in diesem Heft

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214/215
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Die soziale Spaltung in deutschen Großstädten nimmt zu

Die Arbeitslosigkeit ist rückläufig, die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt zu



Zwar ist die Arbeitslosigkeit in deutschen Städten insgesamt rückläufig, die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich – Segregation – nimmt jedoch zu. Insbesondere die Kinderarmut konzentriert sich zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Eine Verdrängung der von Armut betroffenen Haushalte mit Kindern in die Großwohnsiedlungen am Stadtrand ist mittlerweile nachweisbar. Städte im Süden Deutschlands sind davon weniger betroffen als Städte im Norden, Westen und Osten.

Diese alarmierende Entwicklung wird aus einem Städtevergleich deutlich, den das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit Prof. Dr. Hartmut Häußermann (†) im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBVV) des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat. In einem Kooperationsprojekt mit den nachfolgenden 19 deutschen Großstädten wurde die Entwicklung der Jahre 2007 und 2009 miteinander verglichen: Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Halle, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Koblenz, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Oberhausen, Saarbrücken und Stuttgart.

Untersucht wurde die Situation der Arbeitslosigkeit, der Kinderarmut und des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Hinblick auf eine Ungleichverteilung innerhalb einer Stadt. Dazu wurden verschiedene Indikatoren berechnet, die Aussagen über Segregations-, Konzentrations- und Polarisierungstendenzen ermöglichen.

Ungleichverteilung mit unterschiedlichem Ausmaß

Die Ungleichverteilung lässt sich in den untersuchten Städten in unterschiedlichem Ausmaß nachweisen: am wenigsten in Frankfurt/Main, München, Stuttgart, Karlsruhe sowie Oberhausen und Mainz. Im Mittelfeld liegen Düsseldorf, Heidelberg, Koblenz, Mannheim, Nürnberg und Saarbrücken.

Am stärksten konnte die Ungleichverteilung in Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Halle, Köln und Leipzig beobachtet werden.

In fast allen Städten gibt es Stadtteile, in denen die Kinderarmut entgegen der allgemeinen Entwicklung noch weiter ansteigt. Diese Stadtteile liegen meist am Stadtrand und sind durch eine Bebauung mit Großwohnsiedlungen oder Gebäuden der 1950er- oder 1960er-Jahre gekennzeichnet. Zu vermuten ist, dass sich Aufwertungsprozesse derzeit innerstädtisch vollziehen und zu dieser Entwicklung beitragen. Während Ungleichverteilung und Spaltung im Zusammenhang mit Kinderarmut teilweise weiter ansteigen, konnten im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oft Angleichungen der einzelnen Stadtteile festgestellt werden.

Handlungsbedarf besteht in mehrfacher Hinsicht

Für die Politik ergibt sich daraus Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht: Es ist notwendig, diese Entwicklungen künftig laufend zu beobachten, mögliche Negativentwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Gebiete, in denen der Anteil benachteiligter Menschen konstant hoch ist bzw. weiter steigt, benötigen eine dauerhafte Förderung – nicht zuletzt erbringen diese Integrationsleistungen für die Gesamtstadt. Die Programme der Städtebauförderung, insbesondere „Soziale Stadt“ haben vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung. Es ist aber auch wichtig, den Blick für die Gesamtstadt zu stärken: Soziale, demographische und wirtschaftliche Entwicklungen sind eng miteinander verknüpft und im Sinne einer solidarischen Politik und eines friedlichen Miteinanders für die Gesamtstadt zu steuern. Zentraler Bestandteil hierbei ist die Wohnungspolitik. Bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, ist eines der wichtigsten Instrumente, um der Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialwiss.
Antje Seidel-Schulze
Telefon: 030/39001-198
E-Mail: seidel-schulze@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Wolf-Christian Strauss

Wer zahlt die Kitas und Grundschulen in neuen Wohngebieten?

Difu-Gutachten zur Beteiligung Dritter an den Infrastrukturkosten von Baumaßnahmen

Die Bevölkerungszahl in Deutschland sinkt – aber nicht überall: In manchen Städten und Regionen werden künftig sogar mehr Menschen leben. Auch innerhalb der Städte variiert die Bevölkerungsentwicklung zum Teil erheblich zwischen den Ortsteilen. An diesen Orten müssen daher weiterhin neue Wohngebiete entstehen.

Vor dieser Herausforderung steht auch die Landeshauptstadt Potsdam, die mit einer anhaltenden Zunahme der Einwohnerzahl rechnen muss. Es reicht jedoch nicht, nur neue Wohngebiete zu planen und für die Verkehrsanbindung zu sorgen. Die neuen Einwohner wollen ihre Kinder auch in angemessener Entfernung in Kindergärten und Grundschulen betreut sehen. Das erfordert weitere Investitionen, falls dieser Bedarf nicht durch bestehende Einrichtungen gedeckt werden kann. Und dies ist oft der Fall, da bestehende unterausgelastete Einrichtungen eben nicht immer dort stehen, wo sie benötigt werden.

Wie können diese neuen, notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen jedoch angesichts leerer Gemeindegassen finanziert werden? Die Landeshauptstadt Potsdam beauftragte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen eines Gutachtens, diese Frage zu klären. Die Untersuchung war so angelegt, dass sie über den konkreten Fall der Stadt Potsdam hinaus auch als Beispiel für andere Städte in vergleichbarer Situation dienen kann.

Die Difu-Wissenschaftler befassten sich in ihrem Gutachten mit einer im deutschen Recht bisher – aufgrund der strikten Eigentumsordnung – sehr zurückhaltend geregelten Frage der Finanzierung von Folgeinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur. Denn eine Refinanzierung von öffentlicher Infrastruktur, welche Folge oder Voraussetzung von Investitionsvorhaben ist, ist hoheitlich nur in Bezug auf die nach Bundes- oder Landesrecht beitragsfähigen Anlagen vorgesehen: Beiträge für die erstmalige Herstellung von Erschließungsstraßen, für den Ausbau von Straßen oder für den Anschluss an das öffentliche Entwässerungsnetz. Für andere öffentliche Infrastrukturmaßnahmen – wie

Kindergärten und Grundschulen – besteht derzeit keine Möglichkeit, die Erstellungskosten durch Beitragserhebung auf die Begünstigten umzulegen.

Die Studie zeigt die von der Rechtsprechung vorgesehen Möglichkeiten auf, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages Regelungen zur Übernahme dieser der Gemeinde entstehenden Kosten zu treffen, sofern sie Folge oder Voraussetzungen des geplanten Wohngebiets sind. Solche Folgekostenvereinbarungen sind grundsätzlich sogar auch dann möglich, wenn eine neu geplante soziale Einrichtung den Bedarf aus verschiedenen Wohngebieten decken soll – dann in Höhe des anteiligen Bedarfs des neuen Baugebiets. Allerdings wurde dies von der Rechtsprechung an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die in der Studie dargestellt werden. Ausgewertet wurden zudem Erfahrungen und Beispiele anderer ausgewählter Städte: München, Stuttgart, Tübingen, Syke, Freiburg i. Br., Dortmund. Es zeigte sich, dass eine solche vertragliche Umlage von Folgekosten ein durchaus in der Praxis erprobtes und durch die Rechtsprechung bestätigtes Verfahren ist.

Schließlich wurden auch die voraussichtlichen Auswirkungen auf Kaufpreise und Mieten in Modellrechnungen untersucht, die aus der Typologie des Potsdamer Baugeschehens abgeleitet wurden. Diese sind – unter den zu beobachtenden Rahmenbedingungen für die betrachteten Gebietstypen – eher gering. Besonderen Einfluss haben hierauf die Höhe der erforderlichen Infrastrukturinvestitionen, das Kauf- bzw. Mietpreisniveau sowie die jeweilige Marktsituation der Wohnbebauung.

Weitere Informationen:

Privatdoz. Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Ass. iur. Irene Schlünder
Telefon: 030/39001-256
E-Mail: schlueder@difu.de

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de



Download der Publikation:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=F37XUJEO>



Investitionsbedarf der Kommunen für eine altengerechte Infrastruktur

Weitere Informationen:

Dr. Marion Eberlein
Telefon: 030/39001-206
E-Mail: eberlein@difu.de

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Erheblicher Handlungsbedarf bei Wohngebäuden, ÖPNV und Straßen

Der bundesweite demografische Trend der Alterung stellt auch neue Anforderungen an die Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge – insbesondere an die baulichen Anlagen, ihre Lage und Erreichbarkeit. Ältere Menschen, als einzig wachsende Personengruppe, haben spezifische Bedürfnisse und mit steigendem Alter wachsende (Mobilitäts-) Einschränkungen, aus denen besondere Bedürfnisse und damit Handlungserfordernisse entstehen. Diese spezifischen Bedürfnisse zu befriedigen und damit die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu sichern, ist eine weitreichende gesellschaftliche, politische und planerische Aufgabe, die Kommunen vor neue Herausforderungen stellt.

Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe eine Studie zum Investitionsbedarf in einen altengerechten Umbau der Infrastruktur von Städten und Gemeinden durchgeführt. Neben der Darstellung der demografischen Altersentwicklung und daraus erwachsenden Herausforderungen für

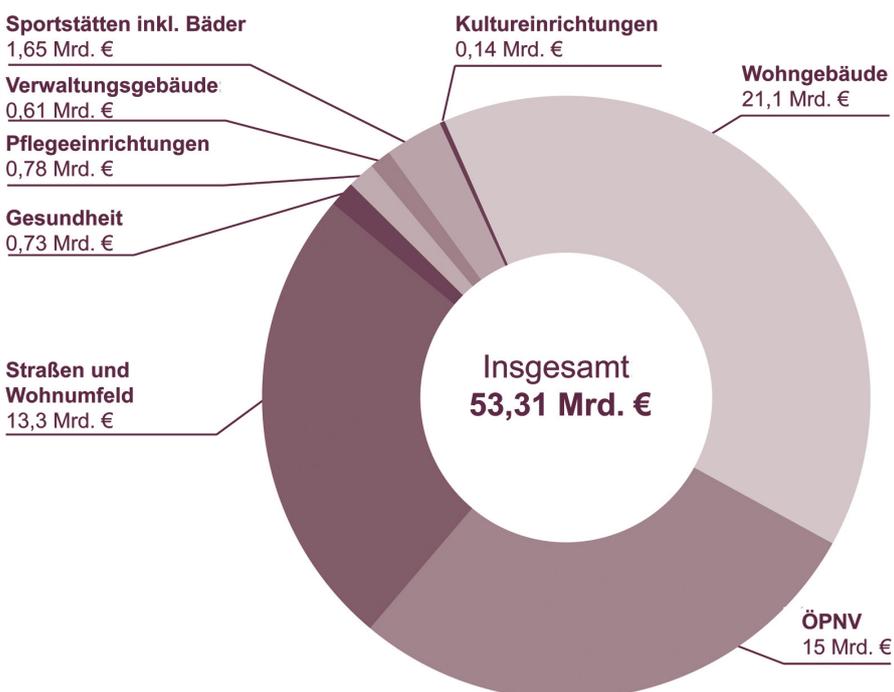
einzelne Infrastrukturbereiche der Kommunen, standen Aktivitäten der kommunalen und freigemeinnützigen Träger sowie Defizite und Hemmnisse der altengerechten Anpassung der Infrastrukturen im Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt war die Investitionsbedarfsschätzung für nötige Investitionen in altengerechte, barrierefreie Infrastrukturen.

Um alle Facetten dieser komplexen Fragestellung in ausreichender Art und Weise beantworten zu können, wurde ein Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Methoden angewendet. Neben einer Kommunalbefragung wurden eine Fokusgruppendifkussion sowie leitfadengestützte Telefoninterviews mit Akteuren kommunaler und freigemeinnütziger Träger geführt. Um den bestehenden Investitionsbedarf für altengerechte, barrierefreie Infrastruktur quantifizieren zu können, wurde darüber hinaus eine analytische Investitionsbedarfsschätzung durchgeführt.

Zentrales Ergebnis der schriftlichen Befragung der Kommunen, der Fokusgruppendifkussion und der Experteninterviews ist, dass der größte Investitionsbedarf im Bereich Wohngebäude, Straßen und ÖPNV besteht. Hier sehen die Kommunen auch den höchsten Bedarf an entsprechenden Förderprogrammen. Zum gleichen Ergebnis kommt auch die analytische Investitionsbedarfsschätzung. Auch hier sind Straßen, ÖPNV und Wohngebäude die Bereiche mit dem größten investiven Bedarf (s. Abbildung). Förderprogramme, die diese Infrastrukturen integrativ als Lebensumfeld älterer Menschen begreifen, über die sektorale Betrachtung von Einzelmaßnahmen hinausgehen und altengerechte Anpassungen als Gesamtkonzept planen, dürften daher einen hohen Mehrwert für die Kommunen darstellen.

Die Studie wird im Laufe der nächsten Wochen auf der Internetseite der KfW sowie in der Reihe „Difu-Impulse“ veröffentlicht.

Investitionsbedarf für eine altengerechte Anpassung von Infrastrukturen



Quelle: eigene Berechnung

Deutsches Institut für Urbanistik 

REFINA realisiert Forschung für und mit Kommunen

Transdisziplinäre Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis: BMBF-Förderschwerpunkt REFINA

Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis sowie die Einbeziehung der Kommunen in Forschungsvorhaben ist ein Kern der Difu-Arbeit. In den Forschungsvorhaben werden aktuelle kommunalrelevante Fragestellungen aufgegriffen und die Städte bei der Lösung ihrer Probleme unterstützt. Diese breite Aufgabenstellung fließt in besonderem Maße auch in die vom Difu verstärkt übernommene wissenschaftliche Begleitung von Forschungsschwerpunkten ein, an denen Wissenschaft und Praxis gleichermaßen beteiligt sind.

Von 2006 bis 2012 übernahm das Difu in Zusammenarbeit mit dem Aachener Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR Aachen) die wissenschaftliche Begleitung des BMBF-Förderschwerpunktes „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“. Die Ausrichtung auf das Ziel eines nachhaltigen Flächenmanagements legte nahe, dass die Fragestellungen meist nur gemeinsam mit den Kommunen bearbeitet werden konnten. Durch die enge Einbindung der kommunalen und regionalen Praxis bot REFINA eine gute Voraussetzung für die erfahrungsgestützte Beschreibung der Ausgangssituation und für die Entwicklung praxisorientierter und übertragbarer Lösungswege sowie für deren Erprobung.

Das Difu machte diese Kooperationen zu einem eigenen Querschnittsthema und lud die teilnehmenden Kommunen zu gesonderten Foren des Erfahrungsaustauschs ein. Es ging dabei vor allem um die Frage, ob und wie kooperative und transdisziplinäre Forschung angestoßen, gefördert und fruchtbar gemacht werden kann. Die Erfahrungen und Schlussfolgerungen wurden im Rahmen einer Befragung ausgewählter Akteure aus REFINA-Projekten in Hinblick auf die Kooperation von Wissenschaft und Praxis ermittelt und Rückschlüsse auf die Verbesserung der Transferprozesse formuliert. Der Bericht liegt nun als Veröffentlichung vor.

Die zahlreichen „Lernprozesse“, aber auch Schwierigkeiten, die in der Befragung benannt wurden, verdeutlichen, dass die Zusammenarbeit von Wissenschaft und kom-

munaler Praxis kein Selbstläufer ist. Unzureichende Kenntnisse der jeweiligen Rahmenbedingungen, Arbeitsweisen und Zwänge, vorhandene Bilder und Einschätzungen von der jeweils anderen Gruppe sowie kommunale Praxispartner, die sich aus Verwaltung und Politik zusammensetzen und damit oftmals in sich verschiedene Zugangsweisen repräsentierten, führten in den Vorhaben zu aufwändigen und komplexen Verständigungsprozessen. Diese waren nur in wenigen Fällen in dem dafür notwendigen Maße in der Ressourcenplanung vorgesehen. Trotz dieser komplizierten Prozesse sahen die Befragten einen besonderen Erfolg von REFINA in den Lernprozessen, die in der spezifischen Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis entstehen konnten. Die REFINA-Forschung ließ neues Wissen zunächst bei den Befragten selbst, dann aber auch in den Verwaltungen entstehen.

Insgesamt äußerten sich die Beteiligten aus Wissenschaft und Praxis überwiegend zufrieden mit den Strukturen und Wirkungen ihrer Projekte. Der Mehrwert der gemeinsamen Arbeit wurde deutlich hervorgehoben. Mit dem Förderschwerpunkt REFINA konnte somit ein erfolgreicher Forschungsprozess – gemeinsam gestaltet von Wissenschaft und kommunaler Praxis – stattfinden. Entstanden sind innovative, anwendungsorientierte Beispiele, die in eine breite Diskussion und gestärkte Wahrnehmung des Themas „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und nachhaltiges Flächenmanagement“ eingebettet werden konnten.

Angesichts der genannten Schwierigkeiten der Wissenschaftskooperation scheint es wichtig, dass nicht nur Forschungsinstitutionen über Know-how zur Organisation und Durchführung transdisziplinärer Forschung verfügen. Auch den an Forschungsvorhaben beteiligten Kommunen sollte Handwerkszeug zur Verfügung gestellt werden, dass die Entscheidung zur Mitwirkung an derartigen Forschungsprojekten qualifiziert und Hinweise auf notwendige Rahmenbedingungen, Ressourcen und Entscheidungsprozesse liefert. Vorgesehen ist, dass das Difu perspektivisch dazu einen Handreichung vorlegen wird.



Download der Publikation:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=41WLJH76>

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Projekt REFINA:

<http://www.refina-info.de>

Bestellung:

siehe Bestellschein

Fahrradparken in der Stadt

Neue Ausgaben aus der Serie „Forschung Radverkehr“ erschienen

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.
Jörg Thiemann-Linden
Telefon: 030/39001-138
E-Mail:
thiemann-linden@difu.de

Download der Publikationen:

www.nrvp.de/for

Fahrradparken war lange Zeit ein nur stiefmütterlich behandeltes Thema der Radverkehrsförderung. Angesichts des zunehmenden Radverkehrs und immer hochwertigerer Fahrräder, entstanden in den letzten Jahren in vielen Städten neue Lösungen für das Fahrradparken – und der Bedarf wird weiter steigen.

Drei neue Ausgaben von der Serie „Forschung Radverkehr“ bündeln gelungene Umsetzungsbeispiele aus Deutschland und anderen europäischen Staaten. Die Veröffentlichungen zeigen in knapper Form, wie attraktive Lösungen zum

- innerstädtischen Fahrradparken
- Fahrradparken am Bahnhof sowie zum
- Fahrradparken im Wohngebiet

umgesetzt und erfolgreich finanziert werden können.

Die Bandbreite reicht dabei von öffentlichen Fahrradparkhäusern an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen bis hin zur Quartiersgarage in Bordeaux. Auch unterschiedliche Serviceangebote werden vorgestellt.

Allen Beispielen ist eines gemeinsam: Sie zeigen, welche zentrale Rolle das Thema einnimmt: Gute Lösungen des Fahrradparkens entscheiden letztlich über die Annahme dieses Verkehrsmittels. Muss das Rad erst aus dem Keller geholt werden oder liegen Fahrradstellplätze am Ende des Supermarktparkplatzes, so verliert der Radverkehr an Attraktivität. Zudem gelingt die Integration von Öffentlichem Verkehr und Radverkehr nur, wenn die „Schnittstelle“ Fahrradparken auf hohem Qualitätsniveau funktioniert.

Bei schlechten Abstellanlagen kommen außerdem aus Furcht vor einem Diebstahl eher ältere, schlecht gewartete Räder zum Einsatz. Die Folge ist ein größeres Risiko von Verkehrsunfällen.

Für die Praxis ist wichtig, bestehende Qualitätsstandards und Empfehlungen zu berücksichtigen. Einzelne Kommunen haben mit entsprechenden Gestaltungshandbüchern bereits erfolgreich lokale Maßstäbe gesetzt.

Die in der Reihe „Forschung Radverkehr“ erschienenen Veröffentlichungen wurden aus Mitteln des Nationalen Radverkehrsplans des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erstellt. Sie werden bis Ende 2012 mit dem Schwerpunkt Kommunikation und Verkehrssicherheit weitergeführt.

Forschung Radverkehr international 1-2/2010



Innerstädtisches Fahrradparken

Zunehmende Fahrradnutzung erfordert Platz fürs Fahrradparken

Mit der zunehmenden Fahrradnutzung wächst der Bedarf an Flächen für das Fahrradparken. Da Fahrradparken bei der Stadterneuerung häufig nicht berücksichtigt wurden, helfen sich Radfahrer so gut es geht, indem sie ihr Rad an Hauswänden, Verkehrslichtsignalen und Zäunen abstellen – meist mit der Möglichkeit, das Fahrrad anzuketten. Das schränkt den Raum der Fußgänger ein, behindert alte Menschen und Kinder, die an der Hand geführt werden, aber auch Blinde mit Langstock. Folgende Möglichkeiten sicheren und selbstgeschützten Fahrradparkens führen dazu, dass häufig minderwertige Fahrräder genutzt werden – was die Freude am Radfahren und die Fahrradnutzung einschränkt. Fahrradabstellplätze sind ein gesellschaftliches Problem.

In den Niederlanden mit dem hohen Fahrradanteil bestehen die Probleme und entsprechende Lösungen schon länger. Hier wurden neue Lösungen für große Fahrradregionen und innovative Organisationsmodelle erprobt. Aber auch in der Schweiz und in Deutschland wurden verschiedene Fahrradparkkonzepte entwickelt, so in München und Berlin.

Inhalt: **Zunehmende Fahrradnutzung erfordert Platz fürs Fahrradparken** 2
Erfahrung und Regelwerke in Deutschland 2
Unterschiedliche Parkdauer – unterschiedliche Lösungen 2
Managementansatz für Parkhäuser und Quartiersgaragen 7
Effizienter Parken durch nicht-investive Maßnahmen 7
Preiselastik und soziale Ökonomie 4
Fazit 4

Forschung Radverkehr international 1-2/2010



Fahrradparken am Bahnhof

Vorteile für die Nutzer und das ÖV-System

Für die kombinierte Nutzung von Fahrrad und Bahn sprechen einige Vorteile:

- Flexibler Zu- und Abgang ohne lange Wartezeiten beim sog. Zu- und Abfahrterlebnis, wie sie ein Bus zum Bahnhof erfordert
- Komfortables Reisen auf der langen Strecke in der Bahn, ohne einen Pkw besteuern zu müssen, d.h. mit Ziel zum Lesen

Zusammengenommen kann der Umweltverbraucher aus Fahrrad und Bahn vergleichsweise Ressourcen von Tür zu Tür erreichen, wie sie der Pkw bietet.

In anderen Ländern mit hohem Radverkehrs- und Bahnverkehrsanteil an der Mobilität wurden über Jahrzehnte Erfahrungen gesammelt, wie sich das Angebot des Fahrradparkens lösen und durch differenzierte Betriebsmodelle ein attraktiver Service effizient anbieten lässt. Vorneher des Fahrradparkens sind die Niederlande mit aktuellen Beispielen an großen wie kleinen Bahnhöfen. Aber auch in den Großstädten Japans werden seit Jahrzehnten unter sehr hoher Flächenkonkurrenz an Bahnhöfen unterschiedliche Fahrradparkhäuser nach dem Paternoster-Prinzip erprobt, inzwischen auch für vorerfüllte Kapazitäten. Im Radverkehr der ersten schnell wachsenden Megastädte in Schwellenländern hat sich die Kombination mit dem Fahrrad etabliert, beispielsweise in Brasilien und China. Nach nordöstlichen Vorbildern wurden inzwischen auch in Belgien, Deutschland und in der Schweiz die Fahrradparkhäuser mit Personal für Fahrradverleiher kombiniert.

Die folgenden Praxisbeispiele kommen meist aus den Niederlanden. Das dicht besiedelte Land verfügt über eine ausgeprägte Fahrradkultur, eine lange Fahrradtradition am Bahnhof und begreift in den letzten 10 Jahren den stark zunehmenden Bedarf mit einem aufwändigen Investitionsprogramm.

In den Niederlanden mit seinem stark steigenden Fahrradparken im Bahnwesen ist ein effizientes ÖPNV-System in Kombination mit dem Fahrrad ein Hauptmotiv für hohe Investitionen für die Fahrradparken am Bahnhof. Ein ÖPNV-System profitiert nicht nur dadurch, dass der Zugangsbereich um die Haltestelle bis 100 m Radius über dem Fahrgast zu Fuß um ein Vielfaches erweitert wird. Der ÖPNV profitiert in vielen Verkehrsbereichen.

Inhalt: **Vorteile für die Nutzer und das ÖV-System** 1
Das Konzept Fahrradstation – organisatorische statt nur bauliche Lösung 2
Gestaltungliche Qualität des Bahnhofsumfelds 3
Diskussion um ein Gratisangebot des Fahrradparkens 3
Beispiel in Deutschland: Projekt „100 Räder in NRW“ 4
Fazit 4

Forschung Radverkehr international



Fahrradparken im Wohngebiet

Anforderungen an das Fahrradparken am Wohnort

Bequemes und sicheres Fahrradparken am Wohnort ist eine wichtige Voraussetzung für die Fahrradnutzung. Von dem Fahrrad erst aus dem Keller oder der Wohnung auf die Straße tragen muss, vorzuziehen unter Umständen auf die Stadtbahn und steigt gleich ins Auto oder in den Bus. Das Wiener Forschungsprojekt „Alte Fahrradstadt“ ermittelte in diesem Zusammenhang, dass rund ein Viertel der Befragten die mangelhafte Abstellmöglichkeit am Wohnort als ein Hindernis für die (häufigere) Nutzung des Fahrrades sieht.

Bei fehlenden sicheren Parkmöglichkeiten führt die Furcht vor Diebstahl oder Beschädigungen häufig dazu, dass nur minderwertige Fahrräder benutzt werden. Fahrradkonfort und -freude bleiben dann buchstäblich auf der Strecke. Schließlich behindern am Gehweg, an Zäunen und Plätzen geparkte Fahrräder Fußgänger und insbesondere Blinde. Neben einer sicheren Abstellmöglichkeit am Zielort – z.B. am Arbeitsplatz, in der Innenstadt oder am Bahnhof – ist also auch am Ausgangspunkt ein Weg eine praktikable Lösung beim Fahrradparken von großer Bedeutung.

Am einfachsten ist die Schaffung ansprechender und zweckmäßiger Abstellplätze für Fahrräder in Neubauten. Hier müssen bereits beim Entwurf des Gebäudes die entsprechenden Klimacharakteristika vorgegeben werden. In Erdgeschosswohnungen mit Gartenwegen und Gängen ist meist auch Platz für das Fahrrad. Schwieriger wird es bei dicht, mehrgeschossiger Bebauung. Eine nachhaltige Umwidmung vorhandener Räume ist funktional und gestalterisch oft eine Herausforderung.

Folgende Qualitätskriterien sollen Beachtung finden, damit die Fahrradparkplätze in und am Wohnort von den Bewohnerinnen und Bewohnern angenommen und benutzt werden:

- Ausreichende Zahl und Dimensionierung
- Zwei Stellplätze pro Wohnung sollen mindestens eingeplant werden, darüber hinaus auch ausreichend Stauraum für Zubehör und Anhänger. Besondere Räder wie Tandems, Liege- oder Lastenräder beanspruchen größere Stellflächen. Zur besseren Ausnutzung des Platzangebots kommt der Einbau von mechanischen Vorrichtungen, die das Fahrrad platzsparend in die Senkrechte heben, in Frage. Liebermöglichkeiten für Elektrofahräder und einen frei installierten Luftpumpen können die Attraktivität der Anlage zusätzlich erhöhen.

Inhalt: **Anforderungen an das Fahrradparken am Wohnort** 1
Abbauvermeidung 1
Wichtig Bauen und viele Räder 2
Die rechtlichen Rahmenbedingungen 4
Fazit 4

Bundesverkehrswegeplanung in Difu-Gutachten untersucht

Grundkonzeption einer nachhaltigen Bundesverkehrswegeplanung

Die Bundesverkehrswegeplanung (BVWP) erfährt derzeit eine Überarbeitung, die ab 2015 wirken soll. Verschärfte Klimaschutzziele, Klimafolgenbewältigung, Lärm- und Schadstoffentlastung sowie die Sicherung der Biodiversität erfordern eine BVWP, die dauerhaft umweltgerechte Mobilität sichert. Zugleich bedeutet die Alterung bestehender Verkehrsinfrastrukturen erhöhten Handlungsbedarf zum Erhalt, um Zuverlässigkeit, Sicherheit und Verfügbarkeit zu gewährleisten. Diese Veränderungen vollziehen sich vor dem Hintergrund zunehmender Finanzierungsengpässe. Auch sind erhöhte Anforderungen an die Öffentlichkeitsbeteiligung bei (Groß-)Projekten sowie die gesetzliche Verankerung der Strategischen Umweltprüfung zu berücksichtigen.

Das Difu hat in Zusammenarbeit mit Prof. Werner Rothengatter im Auftrag des Umweltbundesamtes ein Gutachten zur „Grundkonzeption einer nachhaltigen Bundesverkehrswegeplanung“ erstellt. Die Konzeption basiert auf bewährten Vorgehens- und Handlungsbausteinen der bisherigen BVWP, wird jedoch substantiell ergänzt und modifiziert. Dabei beruht der Grundgedanke auf der Unterscheidung dreier Ebenen: Strategieebene, Systemebene und Projektebene. Sie werden als drei Phasen aufeinanderfolgend bearbeitet, über Rückkopplungen ggf. modifiziert und bilden so ein „lernendes System“.

Zielvorgaben auf der Strategieebene

Die Strategieebene setzt das politische Rahmengerüst. Bund und Länder sollten hier relevante Vorfestlegungen der Rahmenbedingungen (Umfang, Maßstab und Inhalt der Planungen, Bewertungskriterien, Integration von Verträglichkeitsprüfungen), der institutionellen Gestaltung, der Netzabgrenzung sowie der gesamtgesellschaftlichen Ziele treffen. Der Prozess wird durch eine adäquate Öffentlichkeitsbeteiligung unterstützt.

Umsetzung auf der Systemebene

Die formulierten Zielvorgaben sind auf der Systemebene umzusetzen, die Bewertungsmethodik auszuwählen und die SUP sowie eine Wirkungsanalyse zu integrieren. Die Systemebene dient hauptsächlich der Festlegung von Handlungsszenarien für die Entwicklung der Netze und ihres Betriebs. Wesentliches Ziel ist es, ein Handlungsszenario

auszuwählen, das im Weiteren verfolgt wird. SUP und Wirkungsanalyse sind integrative Bestandteile der Szenariobetrachtung.

Projektauswahl auf der Projektebene

Die Wirkungsanalyse der Systemebene wird auf der Projektebene in detailliertem Maßstab fortgeführt. Die Projekte entstammen nicht mehr vorrangig den Benennungen beteiligter Akteure (Ländern, Gemeinden, Interessenverbände), sondern analytischen Engpass- und Erreichbarkeitsanalysen. Im Ergebnis erhält man Einzelprojekte, die einem Wirtschaftlichkeitsnachweis standhalten und keine gravierend negativen Auswirkungen auf die lokale Umwelt haben. In ihrer Gesamtheit bilden diese Projekte ein Investitionsprogramm, das den globalen Anforderungen an die Nachhaltigkeit im Rahmen der Budgetmöglichkeiten bestmöglich entspricht. Auch wenn Projekte die Prüfung in der Alternativenauswahl bestehen, werden Budgetbeschränkungen dazu führen, dass nicht alle Vorhaben in absehbarer Zeit zu realisieren sind. Für die Suche nach Alternativen sollten auch Möglichkeiten einer geringeren Dimensionierung mit entsprechend geringeren Investitionskosten vorgesehen werden, was mit dem Anreiz verknüpft werden könnte, einen Teil der eingesparten Mittel für regionale, d.h. landesbezogene Verwendungen bereitzustellen.

Daneben ist künftig eine Finanzierungsvorschau zu berücksichtigen, die neben dem aktuellen Infrastrukturzustand und den geplanten Ausbauvorhaben sowohl die Einnahmenseite (Verkehrssteuern, Mauteinnahmen etc.) als auch die Ausgabenseite (Kosten für Erhalt, Erneuerung, Ertüchtigung, Erweiterung der Netze) berücksichtigt. Dabei wird der Nutzerfinanzierung eine wachsende Bedeutung zukommen.

Notwendiger Paradigmenwechsel

Das vorgeschlagene Verfahren macht deutlich, dass ein Paradigmenwechsel hin zu einer „neuen, vekehrsträgerübergreifenden Planungsphilosophie“ (Heuser et al 2011: 245) dringend geboten ist. Aus Sicht der Gutachter ist daher ein gemeinsamer Arbeits- und Diskussionsprozess anzustoßen, in dem die veränderten Anforderungen und Rahmenbedingungen möglichst umfassend und sachgerecht erörtert sowie umgesetzt werden.

Weitere Informationen:

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214/215
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Das Gutachten steht online zur Verfügung unter <http://www.uba.de/uba-info-medien/4318.html>

Foto: Wolf-Christian Strauss

Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Wissenstransfer durch kommunale Umfrageforschung

Weitere Informationen:

Jörg Schumacher

Telefon: 030/39001-251

E-Mail: schumacher@difu.de

Das Difu betreibt seit vielen Jahren zwei Datenbanken, die einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Wissenstransfer leisten: Das Literaturinformationssystem ORLIS informiert über Veröffentlichungen zu allen kommunalrelevanten Themen. Das Umfragenachweissystem KOMM.DEMOS enthält ausführliche Beschreibungen von über 2200 Befragungen aus der kommunalen Umfrageforschung. Die Difu-Zuwenderstädte und -verbände können diese Datenbanken jederzeit über einen Online-Zugang kostenfrei nutzen.

Ein am Difu neu erarbeitetes Nutzerhandbuch erleichtert den Zugang zur Datenbank KOMM.DEMOS. In einem ersten Abschnitt des Handbuchs werden die kommunale Umfrageforschung und die Entwicklung wichtiger Anwendungsgebiete über einen Zeitraum von über vier Jahrzehnten dargestellt. Dabei wird die Vielfältigkeit der kommunalen Umfrageforschung sichtbar, die deutliche Themenkonjunkturen aufweist und insgesamt in ihren Quellen nicht einfach zu überschauen ist.

Vor diesem Hintergrund wird im Handbuch der Aufbau des Studienbeschreibungsschemas vorgestellt, mit dem die in der Datenbank nachgewiesenen Umfragen thematisch, methodisch und organisatorisch steckbriefartig beschrieben werden. Hieraus werden Recherchemöglichkeiten abgeleitet, mit denen in der Datenbank nach Befragungsbeispielen gesucht werden kann. Solche Fragestellungen können thematisch orientiert sein (z.B. Suche nach Bürgerbefragungen zur Stadtentwicklung) oder räumlich differenziert werden (z.B. Bürgerbefragungen aus einer bestimmten Stadt). Sie können nach Erhebungsweisen ausgerichtet sein (z.B. Anwendungsbeispiele von Online-Befragungen) oder nach Städtevergleichen fragen (z.B. Vergleiche von städtischen Lebensbedingungen). Weitere Recherchemöglichkeiten lassen sich aus einem umfangreichen Kategorienschema ableiten.

Neben ihrer Informationsfunktion kann die Datenbank auch für die Analyse von methodischen Eigenschaften kommunaler Umfragen eingesetzt werden. Dies wird im Handbuch anhand von Untersuchungsergebnissen illustriert. KOMM.DEMOS ist zurzeit das einzige Umfragenachweissystem in

Deutschland, mit dem solche Analysen mit derart großen Zahlen von Befragungsbeispielen in vergleichbarer Weise möglich sind.

Das neue Benutzerhandbuch zur Datenbank unterstützt wichtige Ziele: Die Mehrfachnutzung von Befragungsergebnissen und -erfahrungen hilft bei der Vorbereitung und Planung neuer Umfragen durch die Verbesserung der Transparenz in der kommunalen Umfrageforschung. Dieses Ziel ist nicht zuletzt auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft: Befragungen sind teuer, wenn sie an externe Befragungsinstitute vergeben werden und nicht weniger aufwändig, wenn sie von den Kommunen selbst durchgeführt werden. Hierbei ist auch an die häufig beklagte „Flut von Befragungen“ zu denken, die sich nicht zuletzt in der abnehmenden Bereitschaft der Befragten äußert, überhaupt an Umfragen teilzunehmen.

Daher ist es wichtig, dass alle mit Umfragen befassten Akteure in den Kommunalverwaltungen über KOMM.DEMOS und die Nutzungsmöglichkeiten der Datenbank informiert sind. Diese Nutzergruppe verteilt sich in den Verwaltungen jedoch auf verschiedene Verwaltungsressorts und Dienststellen.

Damit alle an der Datenbank Interessierten diese adäquat einsetzen können, stellt das Difu zusätzlich zur Printfassung eine elektronische Variante des Nutzerhandbuchs zur Verfügung.

Darüber hinaus bittet das Difu die Städte darum, bei der Auswahl von weiteren Befragungsbeispielen mitzuwirken, die in die Datenbank aufgenommen werden sollten. Städte, die neue Befragungen durchgeführt haben, werden um die Zusendung der dokumentierten Befragungsergebnisse (als PDF) sowie der zugehörigen Fragebogen gebeten.

Das Handbuch wird voraussichtlich Ende des Jahres in der Reihe „Difu-Papers“ erscheinen.



Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2012 – Nominierte Kommunen sind bekannt!

Seit diesem Jahr wird der Deutsche Nachhaltigkeitspreis auch an „Deutschlands nachhaltigste Städte und Gemeinden“ vergeben. Gewürdigt werden Kommunen, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten nachhaltige Stadtentwicklung betreiben oder erfolgreiche Nachhaltigkeitsprojekte realisiert haben. Das Difu unterstützt den Deutschen Nachhaltigkeitspreis als Projektpartner.

Weitere Informationen

<http://www.difu.de/presse/2012-09-18/deutscher-nachhaltigkeitspreis-2012-nominierte-bekannt.html>

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz

Erfolgreicher Klimaschutz vor Ort. Informations- und Beratungsangebot für Kommunen erweitert

Erfolgreicher Klimaschutz fängt in der Kommune an. Denn hier besteht ein großes Potenzial, klimaschädliche CO₂-Emissionen zu verringern. Um die Kommunen auf ihrem Weg zu einem individuellen und zielgerichteten Klimaschutz zu unterstützen, wurde mit Förderung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Sommer 2008 beim Difu die „Service-stelle: Kommunaler Klimaschutz“ eingerichtet. Von Anfang an erfreute sich die speziell auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnittene Service- und Beratungseinrichtung großen Zulaufs. Seit April 2012 wurde das Angebot erweitert und vertieft. Der neue Name macht dies deutlich: „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ heißt die Einrichtung beim Difu künftig, die im Auftrag und mit Förderung des Bundesumweltministeriums die Kommunen in ihrem Klimaschutzengagement unterstützt. Neben einem breit gefächerten Informations- und Beratungsangebot wird das Service- und Kompetenzzentrum auch Fachveranstaltungen und Vernetzungstreffen an verschiedenen Orten in Deutschland anbieten.

Mit dem neuen Namen gibt es auch ein neues Logo, Anfang 2013 erfolgt ein Relaunch des Internetportals, um das größere Angebot auch online verfügbar zu machen. Ab Herbst 2012 erscheint ein regelmäßiger E-Mail-Newsletter, der kostenlos im Internet abonniert werden kann. Wie erfolgreicher Klimaschutz aussehen kann, wird ebenfalls auf der Homepage gezeigt. Ein „Projekt des Monats“ präsentiert regelmäßig erfolgreiche kommunale Projekte aus ganz Deutschland.

Wünsche der Kommunen werden berücksichtigt

Ein wichtiger Angebotsschwerpunkt des Service- und Kompetenzzentrums ist die Beratung zu Fördermöglichkeiten. Die seit 2008 erfolgreich laufende Detailberatung zur „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (kurz: „Kommunalrichtlinie“), einem exakt auf Städte, Gemeinden und Landkreise zugeschnittenen Förderprogramm des Bundesumweltministeriums,

wird fortgesetzt. Daneben wird es künftig auch eine Orientierungsberatung zu weiteren klimarelevanten Förderprogrammen von Bund, Ländern und EU geben. Die Beratungsteams in den Geschäftsstellen in Köln und Berlin sind unter der bundesweiten Hotline 030/39001-170 erreichbar. Zusätzlich ist das Beratungsteam auf Veranstaltungen und Messen direkt vor Ort im Einsatz.

Fortgeführt wird auch der erfolgreiche Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“. Seit der ersten Runde im Jahr 2009 wurden 27 Kommunen und Regionen für ihre herausragenden Klimaschutzprojekte öffentlich ausgezeichnet. Wie bisher stehen weiterhin jährlich 240 000 Euro Preisgeld zur Nutzung für weitere Klimaschutzprojekte zur Verfügung. Um die vorbildlichen Beispiele als Modell bekannt zu machen und viele andere Kommunen zur Nachahmung anzuregen, stehen sie kostenfrei auch als Film- und Buchbeiträge sowie online zur Verfügung. Die Auszeichnung der Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2012“ wird Bundesumweltminister Peter Altmaier im Rahmen der Kommunalkonferenz „Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten“ am 7. November in Berlin vornehmen. Die Preise gibt es in den bewährten Kategorien „Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften“, „Kommunale Kooperationsstrategien“ und „Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen“, an denen die Jury seit Beginn des Wettbewerbs nur kleinere Änderungen vorgenommen hat.

Vernetzung als zentrales Anliegen

Die jährliche Kommunalkonferenz findet seit 2008 in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium und den kommunalen Spitzenverbänden statt und hat sich inzwischen zu einem Jahresevent für den kommunalen Klimaschutz etabliert.

Darüber hinaus bietet das Service- und Kompetenzzentrum, ganzjährig und deutschlandweit, kostenfreie Fach- und Vernetzungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunkten im Themenfeld kommunaler Klimaschutz und speziell zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der „Kommunalrichtlinie“

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



KOMMUNALER
KLIMASCHUTZ

Kommunalkonferenz

„Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten“

7. und 8. November 2012,
Berlin, Humboldt Carré

Weitere Informationen sowie die Anmeldung zur Konferenz finden Sie auch unter

<http://klimaschutz-in-kommunen.de/kommunalkonferenz>

Weitere Informationen:

Projektleitung

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Dipl.-Ing. Christine Krüger
Telefon: 030/39001-239
E-Mail: krueger@difu.de

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

Eva Karcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Das Team des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz der beiden Standorte Köln und Berlin. Näheres: <http://klimaschutz-in-kommunen.de/kontakt>

Weitere Informationen:

Privatdozent Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

„Herausforderung Klimaschutz im historischen Quartier“ eine Handreichung für Kommunen:
<http://www.integrierthandeln.de/>



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Klimaschutz in historischen Quartieren

Arbeitshilfe zu Klimaschutzmaßnahmen in historischen Quartieren

Klimaschutz in historischen Quartieren macht es erforderlich, den Blick vom Einzelobjekt zu lösen und die Aktivitäten um quartiersbezogene Maßnahmen zu erweitern. So kann auf baukulturell schützenswerten Bestand, bei vergleichbarer Wirksamkeit hinsichtlich der Gesamtbilanz, besser Rücksicht genommen werden. Eine Aktivierung quartiersbezogener Potenziale ist auch von entscheidender Bedeutung, um die Identität, Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Standorte zu sichern und den langfristigen Erhalt des baukulturellen Erbes zu gewährleisten. Auch können Kommunen mit der Umsetzung entsprechender Maßnahmen vorbildliche Angebote entwickeln, die das Nutzerverhalten positiv beeinflussen.

Im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung erarbeitet das Difu aktuell eine „Kommunale Arbeitshilfe für Maßnahmen zum Klimaschutz im historischen Quartier“. Als Handlungsleitfaden für Kommunen soll die Arbeitshilfe eine systematische Übersicht über die gesetzlichen Rahmenbedingungen, Fördermöglichkeiten und den aktuellen Stand der Forschung bieten, die für Klimaschutzmaßnahmen im his-

an. Hier tauschen sich Kommunen praxisnah und auf Augenhöhe über Themen wie klimafreundliche Mobilität oder Stadtplanung aus und profitieren von den Erfahrungen anderer Kommunen, etwa beim Vernetzungstreffen der vom Bundesumweltministerium geförderten Klimaschutzmanager.

Ergänzt wird das Angebot durch themenspezifische Publikationen: Kommunale Fach- und Praxisbeispiele informieren Kommunalvertreter und regen zum Nachahmen an. Erfolgreiche Reihen wie die Wettbewerbsdokumentation oder Themenhefte werden fortgesetzt. Die bereits veröffentlichten Fachpublikationen „Klimaschutz & Denkmalschutz“, „Klimaschutz & Abfallwirtschaft“, „Klimaschutz & Abwasserbehandlung“, „Klimaschutz & Unternehmen“ sowie die Wettbewerbsdokumentationen können auch weiterhin kostenlos bestellt werden.

torischen Quartier von Relevanz sind. In der Arbeitshilfe sollen zudem zentrale Handlungsfelder und innovative Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, mit denen den aktuellen Anforderungen beim Klimaschutz quartiers-, akteurs- und nutzerbezogen begegnet werden kann. Der Fokus liegt dabei auf baukulturell besonders bedeutsamen Bereichen, in denen energetische Objektsanierungen nur eingeschränkt erfolgen können, so dass mehr Gewicht auf quartiersbezogene Modelle und integrierte Prozesse gelegt wird.

Im Vorgriff auf die Arbeitshilfe wurde unter dem Titel „Herausforderung Klimaschutz im historischen Quartier“ bereits eine Handreichung für die Kommunen vorgelegt. Diese ist im Rahmen des Wettbewerbs „Historische Stadtkerne und Innenstädte – integriert denken und handeln“ erschienen, der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Zusammenarbeit mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland ausgelobt wird. Die Handreichung soll Kommunen bei der konzeptionellen Planung von Klimaschutzmaßnahmen im historischen Quartier eine grundlegende Orientierung geben.

Startschuss: Wettbewerb Alkoholprävention im öffentlichen Raum

Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention will vorbildliche Strategien und Maßnahmen auszeichnen

Der Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ startete am 25.9.2012 in die sechste Runde. Der von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auf Anregung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung durchgeführte Wettbewerb hat in diesem Jahr das Schwerpunktthema „Alkoholprävention im öffentlichen Raum.“

Mit der Betreuung des Wettbewerbs wurde das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt, das in einem eigens dafür eingerichteten Wettbewerbsbüro bis zum 14. Januar 2013 (Poststempel) Wettbewerbsbeiträge annimmt. Dort und im Internet können auch Bewerbungsunterlagen angefordert werden. Das Wettbewerbsbüro steht zudem für Rückfragen zur Verfügung. Die Preisverleihung wird am 3. Juni 2013 in Berlin stattfinden.

Mit dem Thema des diesjährigen Wettbewerbs „Alkoholprävention im öffentlichen Raum“ sollen insbesondere jene Maßnahmen und Strategien zur kommunalen Suchtprävention gewürdigt werden, die mit abgestimmten gesundheits-, sozial- und ordnungspolitischen Maßnahmen präventiv auf den zunehmenden Alkoholkonsum im öffentlichen Raum einwirken.

Gesucht werden Wettbewerbsbeiträge zu allen Bereichen der Alkoholprävention im öffentlichen Raum. Hierzu zählen u.a. strategische Konzepte mit dem Ziel eines verantwortungsvollen Umgangs mit Alkohol, Maßnahmen zur Verhinderung des Rauschtrinkens, Fortbildung von Multiplikatoren und Peer-Education, Streetwork, aufsuchende Hilfe und Beratung, Dialog- und Mediationsverfahren sowie Alkoholbeschränkungen/-verbote im öffentlichen Raum, im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und bei Sport- und anderen Großveranstaltungen.

Die Wettbewerbsbeiträge können auf verschiedene Zielgruppen (z.B. Jugendliche, junge Erwachsene, ältere Menschen, Obdachlose), unterschiedliche öffentliche Orte (z.B. Parks, Spielplätze, Bahnhofsvorplätze, ÖPNV, „Partymeilen“) und verschiedene

Settings/Einrichtungen (z.B. Schulen, Jugendfreizeitheime, Sportvereine) zielen.

Eingeladen zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (z. B. Krankenkassen, Träger des ÖPNV, Veranstalter, Schulen) können nur als Bestandteil der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden.

Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme steht ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich lobt der GKV-Spitzenverband einen Sonderpreis von 10.000 Euro zum Thema „Vorbildliche Regelungen der Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen bei der Alkoholprävention im öffentlichen Raum“ aus.

Die Wettbewerbsergebnisse werden in einer Sonderpublikation dargestellt und veröffentlicht. Außerdem werden nach der Preisverleihung alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation auf der Wettbewerbsseite im Internet bekannt gemacht. So können die vielen guten Beispiele als Vorbild für andere dienen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Weitere Informationen über den Wettbewerb und Bewerbungsunterlagen:

Wettbewerbsbüro Suchtprävention

Nadine Dräger
Telefon: 030-39001-131

E-Mail:
suchtpraevention@difu.de

Informationen im Internet:
www.kommunale-suchtpraevention.de

Foto: Wolf-Christian Strauss

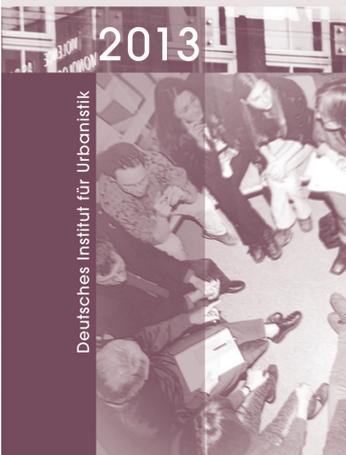


Difu-Fortbildungsprogramm 2013

Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch

Difu-Fortbildung
Praxis – Wissen –
Erfahrungsaustausch

 Jahresprogramm



Fortbildung für die kommunale Praxis gehört seit der Gründung des Difu zu den zentralen Aufgaben des Instituts, ist sie doch eine wichtige Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Auch 2013 zeichnet sich das Difu-Veranstaltungsprogramm durch seine große Themenvielfalt aus. Themenschwerpunkte liegen unter anderem in den Aufgabenfeldern Stadtentwicklung/Stadtplanung, kommunale Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Um den unterschiedlichen Wünschen der Kommunen entsprechen zu können, werden die Difu-Veranstaltungen in verschiedenen Formaten wie Berlin-Seminare, Fachtagungen, Brennpunktseminare sowie Regionalseminare angeboten. Ergänzt werden diese Angebote durch die öffentlichen Abendveranstaltungen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“, die sich insbesondere an die lokale (Fach-) Öffentlichkeit wenden.

Die Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) richten sich an leitende Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie anverwandter Professionen und dienen in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen sowie der Bekanntmachung und Erörterung innovativer Modelle des Verwaltungshandelns bei schwierigen Problemen.

Mit der Fahrradakademie bietet das Difu kommunalen Akteuren im Bereich der Radverkehrsförderung ein umfassendes Fortbildungsangebot. Im Rahmen der Fahrradakademie werden ein- und mehrtägige Seminare an unterschiedlichen Standorten in Deutschland sowie Fachexkursionen angeboten.

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz wurde im Auftrag und mit Förderung des Bundesumweltministeriums beim Difu eingerichtet, um Kommunen durch Information und Beratung bei ihren Klimaschutzaktivitäten zu unterstützen. Es bietet ganzjährig und deutschlandweit, kostenfreie Fach- und Vernetzungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunkten im Themenfeld kommunaler Klimaschutz und speziell zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der „Kommunalrichtlinie“ des BMU an.

Das neue Programmheft enthält die Veranstaltungsplanung aus allen oben genannten Bereichen für das Jahr 2013. Für sogenannte „Brennpunktthemen“ werden zusätzliche

Veranstaltungen kurzfristig angeboten. Die für das erste Halbjahr 2013 geplanten Veranstaltungen sind im gedruckten Programmheft beschrieben; Kurztex te informieren über Veranstaltungen im zweiten Halbjahr. Die Einzelprogramme sind jeweils ca. drei bis vier Monate vor Veranstaltungsbeginn im Internet zu finden, ebenso wie die ausführlichen Angebote der Fahrradakademie, der AGFJ sowie des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz.

Wir würden uns freuen, Sie 2013 in unserem Tagungszentrum in Berlin oder an einem unserer anderen Veranstaltungsorte begrüßen zu dürfen!

Difu-Fortbildungsprogramm 2013

Wer ist der König in der Stadt? Wirtschaft m/Macht Stadt

Seminar, 10.–11. Januar 2013, Berlin

Wirtschaftsflächen der Zukunft

Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg, 24.–25. Januar 2013, Heidelberg

Das Mobilitätsverhalten der Zukunft: Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Seminar, 11.–12. Februar 2013 in Berlin

Interkommunale Kooperation Pflicht oder Kür?

Seminar, 25.–26. Februar 2013, Berlin

Herausforderung für Politik und Verwaltung: Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung

Seminar, 11.–12. März 2013, Berlin

Beihilferecht/Vergabeverfahren

Seminar, 14.–15. März 2013 in Berlin

Dann lernen wir eben Fremdsprachen! Anspruch und Wirklichkeit der interkulturellen Öffnung deutscher (Kommunal-) Verwaltungen

Seminar, 18.–19. März 2013, Berlin

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein alltagskulturelles Phänomen? Kommunale Handlungsstrategien

Seminar, 21.–22. März 2013, Berlin

Kosten und Folgekosten der Entwicklung von Infrastrukturen für Siedlung und Verkehr

Seminar, 15.–16. April 2013, Berlin

Neue Verantwortungen – Die Koproduktion von Gemeinwohl

Fachtagung der Schader-Stiftung in Kooperation mit dem Difu und weiteren Partnern

13.–14.12.2012, Darmstadt

Weitere Infos und Anmeldung:

http://www.schader-stiftung.de/gesellschaft_wandel/1263.php

Aktuelle Aspekte der Reform des kommunalen Haushaltswesens

Seminar, 18.–19. April 2013, Berlin

Gemeinsam anders? Anspruch und Wirklichkeit der Inklusion in deutschen Schulen?

Seminar, 16.–17. Mai 2013, Berlin

43. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit der Stadt Görlitz, vom 5.–7. Juni 2013, Görlitz

Städtebaurecht aktuell – Städtebauliche Verträge und Erschließungsverträge nach der BauGB-Novelle

Fachtagung, 10.–11. Juni 2013, Berlin

Genossenschaften in der Stadtentwicklung

Zwischen Tradition und Innovation

Seminar, 17.–18. Juni 2013, Berlin

Städtische Mobilitätsstrategien 2030/2050

Transformation des Verkehrssystems zu mehr Nachhaltigkeit

Seminar, 20.–21. Juni 2013, Berlin

„Grün macht gesund“ – Freiraumplanung und Gesundheit

Seminar, 9.–10. September 2013, Berlin

Den Wandel gestalten – Change-Management in der öffentlichen Verwaltung

Seminar, 12.–13. September 2013, Berlin

Strategien der Stadtentwicklung – Neue Leitbilder und Konzepte

Seminar, 7.–8. Oktober 2013, Berlin

Gentrifizierung, Polarisierung, Segregation: Sozialräumliche Entwicklungen in der Diskussion.

Was folgt daraus für die Stadtentwicklung?

Seminar, 17.–18. Oktober 2013, Berlin

Klimaschutz in historischen Quartieren – Herausforderungen und Handlungsansätze

Seminar, 21.–22. Oktober 2013, Berlin

Nutzung von Geothermie im urbanen Raum

Seminar, 28.–29. Oktober 2013, Berlin

Monitoring Soziale Stadtentwicklung – Trends und Entwicklungen

Seminar, 4.–5. November 2013, Berlin

Prozessmanagement in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen

Erfahrungen, Trends, Perspektiven

Seminar in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, 7.–8. November 2013, Berlin

Forum deutscher Wirtschaftsförderer

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE, 14.–15. November 2013, Berlin

Fit für die Zukunft?

Altengerechte Quartiersentwicklung

Seminar, 18.–19. November 2013, Berlin

Heute ungeliebtes Erbe, morgen begehrtes Denkmal?

Zum Umgang mit Architektur und Städtebau der 1960er- und 70er-Jahre

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, 21.–22. November 2013, Berlin

Zensus vorbei – und was jetzt?

Mögliche Auswertungsstrategien der Zensus-Daten

Seminar, 25.–26. November 2013, Berlin

Stadtmarketing: Kontinuität oder Neuorientierung?

Seminar, 28.–29. November 2013, Berlin

Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint?

Von der kommunalen Gleichstellungspolitik zum Diversity Management

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, 2.–3. Dezember 2013, Berlin

Bildung im Rahmen integrierter Stadtentwicklung

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, 5.–6. Dezember 2013, Berlin

Hauptverkehrsstraßen und Innenstadtentwicklung

Seminar, 9.–10. Dezember 2013, Berlin

Weitere geplante Veranstaltungen 2013

Städte in Not – Leere Kassen und die Auswirkungen auf Städte und die städtische Zivilgesellschaft

In Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag
Seminar, 13.–14. Mai 2013, Berlin

Veranstaltungsreihe „kommunal mobil“: Beteiligungsprozesse – Unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung

Veranstalter: Umweltbundesamt und Difu unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages
Fachtagung im Mai/Juni 2013, Dessau-Roßlau

18. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Fachkongress im 1. Halbjahr

40 Jahre Difu

2.–3. September 2013, Berlin

Bürgerbeteiligung in der umweltrelevanten kommunalen Planung

Seminar, November 2013 in NRW

Kommunalhaushalte ohne Defizit – Instrumente und Wege zur Haushaltskonsolidierung

Veranstaltung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte 2012/2013:

Öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in Berlin

Wohnraumversorgung in den Städten – gibt es eine neue Wohnungsnot?!

24. Oktober 2012

Alternde Stadtgesellschaften – Konsequenzen für die Infrastruktur

7. November 2012

Armut und Segregation. Wohin steuern unsere Städte?

5. Dezember 2012

Was bleibt, wenn Förderprogramme gehen?

16. Januar 2013

Die Bundesverkehrswegeplanung – was geht das die Städte an?

13. Februar 2013

Pendeln und Pedelecs

6. März 2013

Stadtentwicklung Berlins

27. März 2013

Weitere Infos und Anmeldung:

Cornelia Schmidt

Telefon: 030/39001-208

E-Mail: schmidt@difu.de

www.difu.de/taxonomy/term/352

Weitere Infos und Programmflyer:

<http://www.difu.de/veranstaltungen>

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Telefon: 030/39001-135

E-Mail: landua@difu.de

Sozialer Wohnraum – knapp und teuer?

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel

Telefon: 030/39001-190

E-Mail: jekel@difu.de

Difu-Seminar zu Stand und Perspektiven sozialer Wohnraumversorgung

Wohnungspolitik ist derzeit in aller Munde. Aktuelle Themen sind die Mietentwicklung, Befürchtungen um negative Folgen der Aufwertung, Verdrängung und Segregation sowie veränderte Anforderungen an Wohngebäude und -umfeld durch demographischen Wandel, Klimaschutz und -anpassung.

Grundlegende Herausforderung für Kommunen und Wohnungswirtschaft ist dabei die Frage nach der Bezahlbarkeit des Wohnens. Die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zählt zu den Kernaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Doch die Bereitstellung bereitet vielen Kommunen zunehmend Sorge. Knappe Kassen, steigende finanzielle Belastung durch die Unterkunftskosten sowie unsichere Perspektiven der Förderstruktur im Bereich des Wohnens sind Ursachen hierfür.

So zog sich eine Kernfrage wie ein roter Faden durch das gesamte Seminar „Soziale Wohnraumperspektiven – Stand und Perspektiven“, welches das Difu im Mai/Juni in Berlin durchführte: Wie ist mit dem Dilemma umzugehen, in dem sich Wohnungspolitik und -marktakteure befinden, die hohe energetische und hohe Ausstattungsstandards erfüllen sollen, für wirtschaftliche Tragfähigkeit der dafür erforderlichen Investitionen sorgen müssen und zugleich preiswerten Wohnraum schaffen bzw. zu sichern sollen. Dieser Widerspruch war stets zu hören, egal ob es um die Schwerpunktsetzung bzw. Ausgestaltung der Wohnraumförderung, um Strategien der Kommunen für ihre Wohnungsbestände oder um den Erfahrungsaustausch in Arbeitsgruppen zu praxisbezogenen Schwerpunktthemen wie Angemessenheitskriterien, Mietspiegeln oder barrierefreies Wohnen ging.

Breiten Raum nahmen auch die Vorstellungen und Diskussionen möglicher Lösungswege ein. Förderangebote der Länder, die auf Eigentumbildung und Mietwohnungsbau, Neubau und Bestandsmaßnahmen zielen, sind von großer Bedeutung für die Sicherung preiswerten Wohnens. Diskutiert wurden Ursachen für die Akzeptanzprobleme von Förderprogrammen auf der einen Seite und Weiterentwicklungsmöglichkeiten wie die flexible Handhabung von Belegungsbindungen oder Fondsmodelle auf der anderen. Einigkeit herrschte darüber, dass mit

Blick auf die soziodemographischen Rahmenbedingungen eine Förderung mindestens auf heutigem Niveau als Mittel zur Steuerung der Angebotsentwicklung und zur Qualifizierung der Wohnungsbestände erforderlich sei.

Angesichts wachsender Herausforderungen bei knappen Ressourcen gewinnen zudem Kooperationen zwischen Wohnungseigentümern und öffentlicher Hand an Bedeutung. Um diese erfolgreich zu gestalten und alle relevanten Akteure, vor allem auch die private Wohnungswirtschaft, einzubinden, seien ein langer Atem und eine „Gesprächskultur auf Augenhöhe“ erforderlich – wo dies bereits beherzigt wird, zeigen sich Erfolge in Form von Bündnissen, gemeinsam vereinbarte Zielzahlen und Selbstverpflichtungen.

Wichtiger Partner der Kommunen sind Wohnungsgenossenschaften. Welchen Beitrag neue Genossenschaften zur sozialen Wohnraumversorgung und Quartiersentwicklung leisten können, aber auch vor welchen Herausforderungen und Konflikten sie stehen, wurde den Teilnehmenden im Rahmen einer Exkursion in den Kreuzberger Möckernkiez sehr anschaulich vor Augen geführt.

In den Arbeitsgruppen setzte sich die Vorstellung und Diskussion von Lösungsmöglichkeiten fort. Dabei standen Anpassungsstrategien im Bestand an die sich verändernde Wohnungsnachfrage durch eine von Alterung, Vereinzelung und Heterogenisierung geprägte Gesellschaft im Mittelpunkt. Vorge stellt und diskutiert wurden Möglichkeiten für den Ersatzneubau nicht mehr zeitgemäßer Nachkriegsbauten, die Integration neuer Wohnformen in Großwohnsiedlungen sowie Marktanpassungsstrategien der Wohnungswirtschaft unter Schrumpfungsbedingungen.

Wie Maßnahmen sozialverträglich und mit Rücksicht auf die soziale Mischung im Quartier umgesetzt werden können und welche sozialräumlichen Trends überhaupt im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Wohnungsangebots zu beobachten sind, stellt derzeit eines der meistdiskutierten Themen im Bereich Stadtentwicklung dar. Das Difu greift daher diese zentralen Fragestellungen in weiteren Seminaren zum kleinteiligen Sozialraummonitoring sowie zur räumlichen Verteilung preiswerten Wohnens auf.



Kommunale Wirtschaftsförderung

Wie kann der Standort zukunftsfähig gestaltet werden?

Im Rahmen eines Difu-Seminars in Berlin diskutierten Mitte Juni rund 60 Wirtschaftsförderer über Strategien, um ihre Kommunen als zukunftsfähigere Wirtschaftsstandorte zu entwickeln. Dabei ging es um die Frage, wie der demografische Wandel, die Entwicklung der Wissensgesellschaft und die Anforderungen an nachhaltigeres Wirtschaften eine veränderte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung notwendig machen.

In seinem Eröffnungsvortrag unterstrich Holger Bornemann, Prognos AG, die Bedeutung eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstums“, wie es von der EU in der Strategie Europa 2020 formuliert wird, auch für die kommunale und regionale Ebene. Dadurch werde die EU-Strukturförderung fokussiert und schließe – nach jetzigem Kenntnisstand – manche alt-hergebrachten Investitionsbereiche aus: So werde die Finanzierung bestimmter wirtschaftsnaher Infrastrukturen, wie etwa die Erschließung neuer Gewerbegebiete oder die Finanzierung von Breitbandinfrastruktur, in Zukunft mit europäischen Mitteln kaum mehr möglich sein.

Mit einem Beitrag zur Nachhaltigkeit von Clusterinitiativen eröffnete Dr. Björn P. Jacobsen, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Lübeck mbH, eine Reihe von Beiträgen zur Thematik des „intelligenten Wachstums“. Vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Erfahrungen der Netzwerkarbeit in den Bereichen Gesundheits-, Ernährungs- und Logistikwirtschaft gab er einen Einblick, wie sich Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und wissensintensiven Unternehmen erfolgreich umsetzen lassen.

Am ersten Seminartag stand eine Exkursion in die Wissenschaftsstadt Berlin-Adlershof auf dem Programm. Walter Leibl, Adlershof Projekt GmbH, zeichnete in seinem Vortrag die Entwicklung des Areals als vom ersten Motorflugplatz Deutschlands zum größten Wissenschafts- und Technologiepark Europas nach. Prof. Dr. Eberhard Stens, TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, beschrieb die Aktivitäten des Clusters Optik. Mit verschiedenen Forschungsinstituten, Technologiezentren und Unternehmen ist der Standort Adlershof von besonderer Bedeutung dieses gemeinsam von Berlin und Brandenburg geförderten Clusters. Er machte anhand von Beispielen deutlich, wie die wissenschaftlichen

Einrichtungen sowohl Quelle von Unternehmensgründungen darstellen, als auch Magnet für gezielte Unternehmensansiedlungen darstellen. Dabei gehe es heute nicht mehr um Großansiedlungen, sondern um hochspezialisierte Hightech-Produktion mit zehn bis 50 Mitarbeitern.

Am nächsten Tag wurden in drei Arbeitsgruppen Aspekte des „nachhaltigen und integrativen Wachstums“ vertieft. Das Thema Nachhaltigkeit in Unternehmen erläuterte Ulrich Jonas, Wirtschaftsförderer der Stadt Heidelberg, am Beispiel des Netzwerks „Nachhaltiges Wirtschaften“. Ziel des bereits seit über zehn Jahren erfolgreich laufenden Projekts ist es, vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung eines Umweltmanagementsystems zu unterstützen. Eine zweite Arbeitsgruppe vertiefte die Frage, welche Rolle Nachhaltigkeitsaspekte bei der Entwicklung von Gewerbeflächen spielen können. In ihrem Impulsvortrag warb Veronika Wolf, Wuppertaler Zero Emission GmbH, für ein breites Begriffsverständnis. Da 54 Prozent des bundesweiten Energiebedarfs auf Industrie- und Gewerbeflächen für die Produktion und Verteilung von Waren und Dienstleistungen verbraucht würden, bestünden vielfache Möglichkeiten für ressourcenoptimiertes Wirtschaften und Klimaschutz. Durch die Kooperation von Unternehmen am Standort ließen sich auch ökonomische Vorteile erschließen. Joachim Beyer, Wirtschaftsförderung Dortmund, erläuterte in einer weiteren Arbeitsgruppe die grundsätzlichen Handlungserfordernisse in Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftebedarf. Am Beispiel Dortmunds erläuterte er Handlungsmöglichkeiten einer Arbeitspolitik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten, der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung von Beschäftigungschancen für Arbeitssuchende sowie Elemente einer strategischen regionalen Fachkräfteentwicklung.

Die Beiträge und Diskussionen zeigten, dass der Dreiklang von intelligentem, nachhaltigem und sozialem Wachstum, wie er in der Strategie Europa 2020 entwickelt wird, durchaus Anregung für die Ausgestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung sein kann und – auch in Form neugestalteter Förderinstrumente – die praktischen Aktivitäten der Standortentwicklung künftig prägen wird.

Weitere Informationen:

Dipl.-Verwaltungswiss.

Daniel Zwicker-Schwarm

Telefon: 030/39001-154

E-Mail:

zwicker-schwarm@difu.de

Eine Exkursion zur Wissenschaftsstadt Berlin-Adlershof war Teil des Seminarprogramms

Quelle: WISTA-MANAGEMENT GMBH





Christel Lühmann,
Fachamt Jugend- und Familien-
hilfe, Hamburg-Wandsbek;
Roland Schmitz,
Fachamt Jugend- und Familien-
hilfe, Hamburg-Nord



Prof. Dr. Reinhart Wolff,
Kronberger Kreis für Dialogische
Qualitätsentwicklung e.V., Berlin;
Prof. Dr. Kay Biesel,
Fachhochschule Nordwest-
schweiz, Basel



Caroline Fetscher,
„Der Tagesspiegel“, Berlin

Fotos: Maja Arlt

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de
<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>

Bestellung der Doku:
siehe Bestellschein

Risiken – Fehler – Krisen

Risikomanagement im Jugendamt als Führungsaufgabe

Risikomanagement gewinnt im Bereich sozialer Organisationen seit Jahren an Bedeutung. Dies resultiert u.a. vor allem aus der öffentlich und medial geführten Kinderschutzdebatte zur Qualität der Jugendämter und gesetzlichen Regelungen wie dem Bundeskinderschutzgesetz. Risikohandeln ist aber seit jeher systemimmanenter Bestandteil der Arbeit in den Jugendämtern. In einem so komplexen, von Unwägbarkeiten und Ungewissheit geprägten Feld, sind Risiken niemals vollständig auszuschalten. Das Ziel einer von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu am 18. und 19. April 2012 in Berlin ausgerichteten Tagung war es daher, einen fachlichen Diskurs anzuregen, wie alltags-taugliche Fehleranalysen zur Verfahrensoptimierung und Prozesssteuerung in Jugendämtern aussehen und welches Verständnis von Risikomanagement Führungskräfte in Jugendämtern haben sollten.

Christel Lühmann, Regionalleiterin im Fachamt Jugend- und Familienhilfe in Hamburg-Wandsbek, und Roland Schmitz, Kinderschutzkoordinator im Fachamt Jugend- und Familienhilfe in Hamburg-Nord, berichteten zu Beginn über ihre Erfahrungen beim Aufbau eines Risikomanagements in Hamburg. Der Auftrag dazu erfolgte, nachdem in den vergangenen Jahren Kinder in Hamburg zu Tode gekommen waren. Die Auswertung dieser Fälle fand auf verschiedenen Ebenen statt, im Fokus stand aber vor allem die Organisationskultur des Amtes. Prof. Dr. Christian Schrapper, Erziehungswissenschaftler an der Universität Koblenz-Landau, sagte in seinem Vortrag, die Praxis muss sich darüber verständigen, was Fehler und Risiken in der sozialen Arbeit und was Qualitäts- und Erfolgskriterien sind, anhand derer ableitbar ist, was gute (Kinderschutz)Praxis bedeutet. Nur dann könne die Praxis aus Fehlern lernen, sei Kinderschutz kein Blindflug. Das Erkennen „schwacher Signale“ sei wichtig und muss gelernt werden, im Sinne einer „Kultur der Achtsamkeit“. Sie schütze zwar nicht vor Fehlern, aber vor deren Eskalation. Allerdings sei es für strukturell und personell überlastete Dienste schwerer, diese schwachen Signale auch wahrzunehmen. Was einmal gut gehe, könne das nächste Mal schief gehen. Die Jugendhilfe müsse lernen, das Unerwartete zu managen. Ein Weg könne sein, von Organisationen (z.B. Luft- und Raumfahrt, Medizin) zu lernen, die in hochriskanten Umgebungen Arbeitsprozesse

mit sehr geringer Fehlertoleranz gestalten müssen sowie aufmerksamer gegenüber unbeabsichtigten Folgen und Nebenwirkungen ihrer Entscheidungen und Handlungen zu werden.

Ein weiteres Thema der Tagung ...

Wie verändern die Entwicklungen im Kinderschutz und das Bundeskinderschutzgesetz die Organisation Jugendamt? Hierzu führten Prof. Dr. Reinhart Wolff, Leiter des Bundesmodellprojekts „Aus Fehlern lernen“ vom Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung e.V., und Prof. Dr. Kay Biesel, Mitarbeiter am Institut Kinder- und Jugendhilfe an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel, eine Diskussion. Dieser gemeinsame Blick in die Zukunft des Jugendamts und die Frage, wie Kinderschutz künftig gestaltet werden sollte, war außerordentlich spannend. Wie kann demokratischer Kinderschutz gelebt werden? Was ist postmoderner Kinderschutz in der Risikogesellschaft? Was sind Systemziele im Kinderschutz, verbindend über alle Professionen? Hier soll nur ein interessanter Aspekt hervorgehoben werden: Die Familie wird als Feld entdeckt, in dem Kinder scheitern können. Aber nicht nur die Gefahren für die Kinder stehen heute in der Öffentlichkeit, sondern auch die Fachkräfte. Es findet eine Risikoverlagerung weg von Familien hin zu den Professionen statt. Das größte Risiko, was hier zu bearbeiten sei und den größten Schaden verursacht, sei jedoch der Fachkräftemangel.

Caroline Fetscher, Journalistin beim Berliner „Tagesspiegel“, gab sehr eindrucksvoll ihre subjektiven Eindrücke der Fachtagung wieder. Für sie gehört die Arbeit der Leiter von Jugendämtern und Sozialen Diensten zu den schwierigsten sozialen Aufgaben, die es gibt. Gebraucht werde ein hohes Maß an professioneller Differenzierung bei ununterbrochener Neuorientierung, denn jeder Fall liege anders. Deshalb verdiene diese Arbeit besondere Wertschätzung. Zur Arbeit in schwierigen, tendenziell unkooperativen Milieus und Kontexten komme die Frustration, dass die Öffentlichkeit gute Praxis eher ignoriert, misslungene aber sanktioniert und sogar ins Scheinwerferlicht holt. Sollen Jugendämter aber für ihre risikoreiche und belastende Arbeit mehr Unterstützung in der Gesellschaft erhalten, müsste sich auch etwas am Umgang der Medien mit Ämtern und der Ämter mit den Medien ändern.

Pflegekinder – Kinder zwischen allen Stühlen?

Wie lassen sich stabile Brücken für Pflegekinder bauen? Zu dieser zentralen Leitfrage der Pflegekinderhilfe veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe die Tagung „Lotsen im Übergang – Rahmenbedingungen und Standards bei der Gestaltung von Übergängen bei Pflegekindern“ am 14. und 15. Juni 2012 in Berlin. Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe diskutierten die Gestaltung der Übergänge bei Pflegekindern und dabei insbesondere die Rolle der Fachkräfte als „Lotsen im Übergang“ – sowohl aus sozialpädagogisch-forschender als auch rechtlich-organisatorischer Sicht.

Es hat uns keiner „Tschüß“ gesagt

Prof. Dr. Klaus Wolf, Erziehungswissenschaftler an der Universität Siegen stellte aktuelle Forschungsergebnisse zu Übergängen im Erleben von Pflegekindern vor. Pflegekinder erleben Übergänge als ein „In die Fremde Kommen“ und als eine „Fremdbestimmung“. Ein Übergang ist für sie ein Wechsel an einen fremden Lebensort, verbunden mit einer Veränderung im Beziehungsgefüge. Die Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass vor allem Kontinuitäts-sicherung, eine vertraute Bezugsperson, die das Kind durch die schwierige Situation begleitet, sowie Partizipation wichtig sind, damit sich Übergänge nicht als ein Belastungs- und Entwicklungsrisiko erweisen. So dürfen beispielsweise die Übergangsphasen nicht zu einem „Open-End-Prozess“ werden. Die Pflegekinder sowie die Pflege- und Herkunftseltern dürfen weder allein noch im Unklaren gelassen werden. Wechsel sind auch keine „Parkarrangements“. Sind diese Qualitätskriterien gegeben, ist der Weg dafür geebnet, dass Pflegekinder die Übergänge erfolgreich meistern (können).

Die vorgestellten Forschungsergebnisse wurden anschließend in Arbeitsgruppen aufgegriffen, in denen sich die Tagungsteilnehmer unter der Leitfrage „Wie geht es Kindern, was brauchen Kinder, was braucht die Praxis, um Übergänge erfolgreich zu gestalten?“ zu Standards, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Übergangsgestaltung austauschten.

Zum Schutz neuer Familienbeziehungen

Hierzu setzt das SGB VIII im Zuge des Bundeskinderschutzgesetzes bei der Sicherung

der Hilfecontinuität anders an. Die Rechtsänderungen in § 37 und § 86 SGB VIII und deren Auswirkungen für die Praxis stellte Diana Eschelbach vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht den Tagungsteilnehmern vor. Für sie ist die Kontinuitätssicherung durch das BKiSchG rechtlich gut angegangen worden. Ob dieses Ziel auch in der Praxis erreicht wird, gilt es nun zu prüfen. Die Regelung der Sonderzuständigkeit (§ 86 Abs. 6 SGB VIII) sieht vor, dass nach zweijährigem Bestehen eines Pflegeverhältnisses das Jugendamt vor Ort für das jeweilige Pflegeverhältnis zuständig ist. Die Hauptkritikpunkte der Praxis sind, dass der Zuständigkeitswechsel eher Diskontinuität und einen Wettbewerb „nach unten“ verursache. Ferner führe er zu einer ungleichen Verteilung der Hilfefälle zwischen Stadt und Land, zu einem hohen Verwaltungsaufwand sowie einer hohen Kostenbelastung für die Jugendämter im ländlichen Raum.

Die Brücke zu „früher“

Zum Thema „Biografiearbeit für Pflegekinder und mit Pflegekindern“ referierte Heidrun Sauer vom Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. Sie betonte, dass jedes Kind das Recht hat, seine Identität zu behalten (Artikel 8 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention). Hierzu bietet die Biografiearbeit den Pflegekindern die Chance, ihre spezielle Lebenssituation zu rekonstruieren und besser zu verstehen. Infolgedessen können die Belastungen für die Kinder zwischen den Übergangsphasen geringer gehalten und Wiederholungen von traumatischen Erfahrungen vermieden werden. Das Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. entwickelte das „Erinnerungsbuch“. Es soll beim Erinnern helfen und für Beständigkeit sorgen, indem das Leben des Pflegekindes in diesem Buch kontinuierlich dokumentiert wird.

Weitere Good-Practice-Beispiele von öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern zur Übergangsgestaltung wurden den Fachkräften in AGs vorgestellt. Die dargestellten Beispiele werden in einem Tagungsband dokumentiert sein, der voraussichtlich Ende Oktober erscheint und auch im Internet bestellt werden kann.



Prof. Dr. Klaus Wolf,
Universität Siegen



Diana Eschelbach,
Deutsches Institut für Jugendhilfe
und Familienrecht (DIJuF)



Heidrun Sauer,
Kompetenz-Zentrum
Pflegekinder e.V., Berlin

Fotos: Maja Arlt

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Maja Arlt
Telefon: 030/39001-195
E-Mail: arlt@difu.de
<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>

Qualitätsmanagement in der Radverkehrsförderung

Gebündeltes Expertenwissen: Vorträge abrufbar

Auf Einladung des Deutschen Instituts für Urbanistik und der dort angesiedelten Fahrradakademie trafen sich am 21. und 22. Juni 2012 mehr als 30 Radverkehrsexperten aus verschiedenen Kommunen, um den Stand der Technik sowie die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in der Radverkehrsförderung zu diskutieren.

Den Einstieg in die Fachwerkstatt erleichterten Grundlagenvorträge. Neben den Anforderungen und Grenzen von Qualitätsmanagement in der Radverkehrsförderung wurden u.a. der strategische Einsatz von Indikatoren in der Verkehrspolitik sowie das Wechselspiel von Haftungs- und Qualitätsanforderungen erörtert.

„Themeninseln“ boten Gelegenheit zur Diskussion praxisnaher aktueller Handlungsmodelle in Tourismus, Erhaltungsmanagement, Verkehrssicherheit und Radverkehrskonzeption. Die Basis dafür bildeten jeweils Impulsvorträge über aktuelle Best practice-Beispiele.

Das Spektrum der vorgestellten Projekte reichte von Neuerungen bei der Erfassung baulicher Qualitäten von Radverkehrsanlagen, über Zufriedenheitsmessungen im Radtourismus bis hin zur systematischen Betrachtung von Prozessqualitäten durch das „BYPAD-Verfahren“ bzw. von Planungsqualitäten im Verkehrssicherheits-Audit.

Der Stand der Technik mit Blick auf das Qualitätsmanagement im Radverkehr wurde in der Veranstaltung umfassend bearbeitet und liegt nun erstmals gebündelt auch schriftlich vor. Für die Zukunft ist eine vertiefende Auswertung der Ergebnisse hinsichtlich Weiterentwicklung, Forschungsbedarf und Wissenslücken geplant. Diese soll auch die Umsetzung des Schwerpunkts „Qualitätsmanagement“ im neuen Nationalen Radverkehrsplan 2020 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unterstützen.

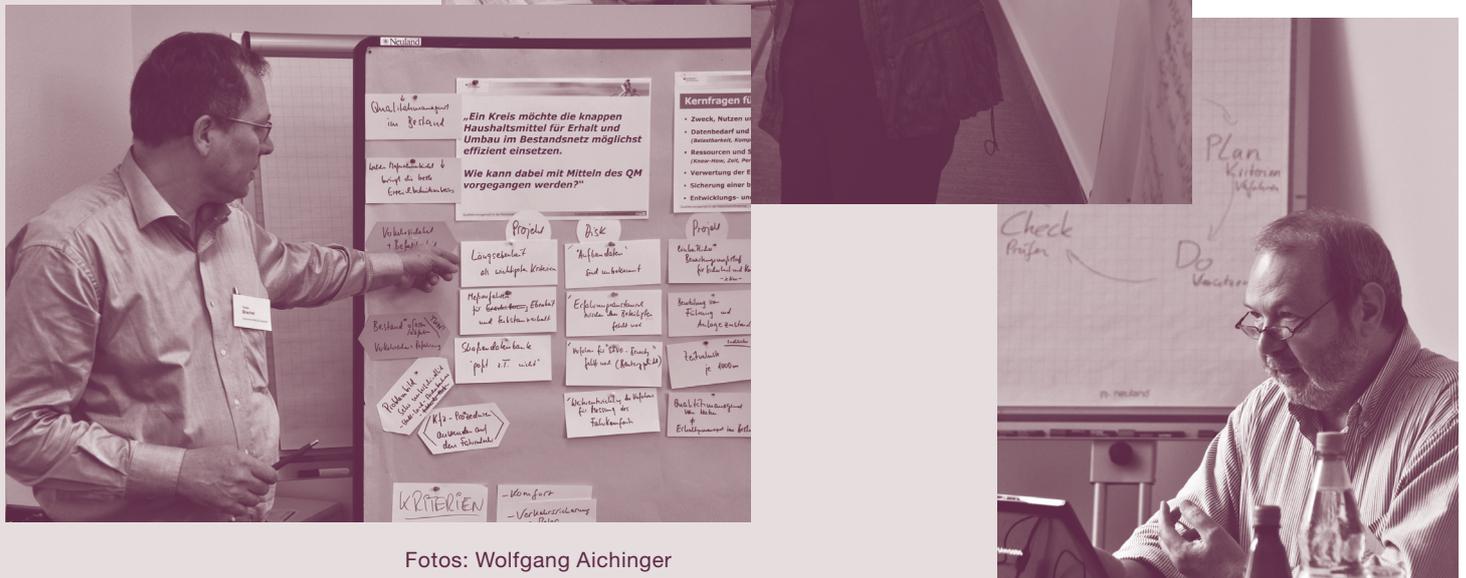
Alle Vorträge der Veranstaltung sind im Internet-Angebot der Fahrradakademie verfügbar.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolfgang Aichinger
Telefon: 030/39001-299
E-mail: aichinger@difu.de

Download der Vorträge:

<http://www.fahradakademie.de/veranstaltungen/termin.php?id=3686>



Fotos: Wolfgang Aichinger

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 3/2012

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Natur und Landschaft bei der Konversion militärischer Liegenschaften

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=JTX643UW>

Kostenbeteiligung Dritter an den Infrastrukturkosten von Baumaßnahmen

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=F37XUJEO>

Forschung für und mit Kommunen

Zur transdisziplinären Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=41WLJH76>

KfW Kommunalpanel 2011

<http://www.difu.de/publikationen/2012/kfw-kommunalpanel-2011.html>

Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe

Ergebnisse aus zwei Kommunalbefragungen
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/publikationen/reihen/difu-papers/2012_difu-paper_sicherheit.pdf

Difu-Jahresbericht 2011

<http://www.difu.de/publikationen/2012/jahresbericht-2011.html>

Seminardokumentationen

Interkommunaler Erfahrungsaustausch Stadterneuerung und Sozialplanung

<http://www.difu.de/dokument/42-interkommunaler-erfahrungsaustausch-zur-stadterneuerung.html>

Barrierefreie Mobilität – Straßen und ÖPNV für alle

<http://www.difu.de/dokument/barrierefreie-mobilitaet-strassen-und-oepnv-fuer-alle.html>

Difu-Ansprechpartnertreffen 2012

<http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2012-virtuelle-tagungsmappe.html>

Kommunale Wirtschaftsförderung – Standort zukunftsfähig gestalten

<http://www.difu.de/dokument/kommunale-wirtschaftsfoerderung-wie-kann-der-standort.html>

Attraktiven ÖPNV gestalten

<http://www.difu.de/dokument/attraktiven-oepnv-gestalten-unter-komplexen-rechtlichen.html>

Soziale Wohnraumversorgung

<http://www.difu.de/dokument/soziale-wohnraumversorgung-stand-und-perspektiven.html>

Vorträge

Verbesserung der Akzeptanz von Fachplanungen durch Raumordnung

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-21/verbesserung-der-akzeptanz-von-fachplanungen-durch.html>

Bürgerstiftungen im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-20/rolle-der-buergerstiftungen-im-rahmen-einer-nachhaltigen.html>

Bürgerbeteiligung – Wie kann Stadtgesellschaft aktiver einbezogen werden?

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-22/buergerbeteiligung-wie-kann-stadtgesellschaft-aktiver.html>

Herausforderungen bzw. Entwicklungstrends in urbanen (Stadt-) Gesellschaften

Von Elke Becker
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-06/ueber-die-herausforderungen-bzw-entwicklungstrends-in-den.html>

Daten zum Mobilitätsverhalten in Deutschland – Kurzfassung

Von Wulf-Holger Arndt
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-19/daten-zum-mobilitaetsverhalten-in-deutschland-kurzfassung.html>

Radverkehr – Zukunftsmobilität oder Sicherheitsrisiko?

Von Arne Koerdt
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-01/radverkehr-zukunftsmobilitaet-oder-sicherheitsrisiko.html>

Urbane Mobilität heute und in Zukunft

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-05-03/urbane-mobilitaet-heute-und-in-zukunft.html>



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangt man an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“. Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender:
<http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu in Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, also auch ohne eigenen Facebook-Account. Registrierte Facebook-Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite anklicken, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu auf ihre Facebook-Neuigkeitenseite gepostet:
<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv – Auswahl

Am 27.7. wurde **Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann** von Staatssekretär Ephraim Grothe, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, zum Mitglied des wissenschaftlichen Beirats zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts Berlin 2030 berufen. Am 3.5. hielt er in Bremen auf der von der Freien Hansestadt Bremen durchgeführten Veranstaltung „Verkehrsentwicklungsplanung für Bremen“ den Vortrag „Urbane Mobilität heute und in Zukunft“. Am 7.5. sprach er in Berlin auf der KfW-Fachtagung „Energiewende im Verkehr. Handlungsbedarf für eine nachhaltige Mobilität“ zum Thema „Verkehr in Städten CO₂-frei? Oder: Wie kommen wir zum postfossilen Verkehr?“. Am 30.5. referierte Beckmann in Berlin bei den Werkstattgesprächen „Zukunft der Städtebauförderung: Lösungen für die Entwicklung der Städte und Gemeinden“ zum „Künftigen städtebaulichen Investitionsbedarf“. Am 4.6. stellte er auf dem Internationalen Kongress „Städtische Energien“ des BMVBS das geplante Memorandum „Urbane Energien – urban energies and challenges“ vor. Zudem referierte er am 12.6. in der von der Landeshauptstadt München durchgeführten Expertenrunde „E-Mobilität – Hype oder Zukunft?“ zu „Elektromobilität – Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung Wo stehen wir?“. Weitere Vorträge hielt er am 20.6. im Rahmen des Deutschen Stiftungstages 2012 in Erfurt zur „Rolle der Bürgerstiftungen im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik“ und am 21.6. auf dem von der ARL in Leipzig veranstalteten Kongress „Infrastrukturgroßprojekte: Akzeptanz durch Raumplanung“ zum Thema „Verbesserung der Akzeptanz von Fachplanungen durch Raumordnung – vertane Chance oder Möglichkeiten?“. Zudem hielt Beckmann auf dem in Kassel am 10.9. veranstalteten Hessischen Fördertag den Vortrag „Zukunft der integrierten Stadtentwicklung – zwischen Überforderung und neuen Chancen?“.

Dr. Elke Becker hat am 28. und 29.7. in der Jury „Stadt bauen. Stadt leben.“ für die Kategorie „Gemeinwohl und Zivilgesellschaft“ mitgewirkt. Der Wettbewerb wurde 2012 zum zweiten Mal vom BMVBS ausgelobt.

Dr. Stephanie Bock referierte am 18.6. beim Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung/Region Hannover zum Thema „Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen, Projekte und Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunktes REFINA“. Am 7.7. hielt sie bei der Kommunalpoli-

tischen Fachtagung „Flächensparen und Siedlungsentwicklung. Was können Kommunen tun?“ im Bayerischen Landtag einen Vortrag zu praktisch nutzbaren Erkenntnissen aus der REFINA-Forschung.

Christa Böhme trug am 23.8. auf dem Kongress „Grün macht Geld – Sport und Bewegung ... besser draußen“, der im Rahmen des Hamburger Architektur-Sommers 2012 von der Hamburgischen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gemeinsam mit der igs internationalen Gartenschau Hamburg 2013 durchgeführt wurde, zum Thema „Benachteiligte Stadtquartiere – Gesundheitsförderung durch Freiraumentwicklung“ vor.

Tilman Bracher stellte auf der Velo-City-Konferenz in Vancouver, Kanada (27.-30.6.12), u.a. den Nationalen Radverkehrsplan vor.

Dr. Arno Bunzel stellte am 30.8. beim Kongress „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Göttingen die Veröffentlichung „Klimaschutz in historischen Quartieren“ vor.

Dr. Busso Grabow hielt am 4.6. in Braunschweig beim von der aktion europa mit dem bcsd durchgeführten Seminar „Stadtentwicklung und Tourismus – Was macht die EU? Wegweiser für Journalisten und Öffentlichkeitsarbeiter“, den Vortrag „Nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland: Rolle und Position im europäischen Kontext.“

Gregor Jekel referierte am 22.8. auf der Tagung „Neues Wohnen“, die von der AWO Kiel und der Stiftung Drachensee zusammen mit der Landeshauptstadt Kiel, dem schleswig-holsteinischen Innenministerium und dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen durchgeführt wurde, zum Thema „Wohnen für Alle – Entwicklungen zwischen Vision und Wirklichkeit“.

Arne Koerdt referierte beim von der Deutschen Verkehrswacht am 1.6. in Magdeburg veranstalteten Kongress „Radfahren im Trend?! – Herausforderungen für den Radverkehr“ zum Thema „Radverkehr – Zukunftsmobilität oder Sicherheitsrisiko?“ und nahm an der Podiumsdiskussion teil.

Jens Libbe referierte am 1.6. auf der vom Difu mitveranstalteten Konferenz „Kommunales Infrastrukturmanagement zum Thema „Rekommunalisierung“ und moderierte mehrere Sessions. **Dr. Wulf-Holger Arndt** hielt einen Vortrag zum Thema „Verkehrsfolgekosten“.

Was ist eigentlich das Subsidiaritätsprinzip?

Subsidiarität ist ein ursprünglich aus der katholischen Soziallehre abgeleitetes Prinzip, das auf größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenleistung von kleineren gesellschaftlichen Einheiten setzt. Primär kommt es in föderalistischen und supranationalen Systemen zur Geltung. Dabei nehmen die höchsten Entscheidungsebenen, z.B. von Bund und EU, eine nachrangige Rolle ein: Öffentliche Leistungen werden an untere hierarchische Ebenen wie Länder oder Kommunen delegiert, die als leistungsstärker angesehen werden. Aufgabe der höheren Ebenen ist es dabei, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die den unteren Einheiten eigenständiges Handeln ermöglichen, sowie dafür Sorge zu tragen, dass Ersatzleistungen bei Bedarf gewährleistet sind.

Anwendung findet das Subsidiaritätsprinzip oft in der EU, die durch ihre Größe und die unterschiedlich ausgestalteten Zuständigkeitsbereiche der jeweils leistungsstärkeren unteren politischen Einheit den Vorrang lässt. Bezogen auf die Subsidiarität zwischen Kom-

munen und EU heißt es im Lissaboner EU-Vertrag (Art.5 Abs.3): „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.“

Dem Passus folgend werden Kommunalverfassungen anerkannt und kommunale Kompetenzen in den Mitgliedsländern geschützt – was auch klageweise durchgesetzt werden kann. Die Kommune als untere Einheit bleibt damit grundsätzlich hauptverantwortlich aktiv. Die EU hat für die Kommunen in der Praxis folglich sehr große Bedeutung, da sie als Teil der deutschen Verwaltung Gemeinschaftsrecht ausüben müssen. Dagegen haben Kommunen auf der EU-Ebene weiterhin um ihre Rechte zu kämpfen.

Difu-intern: Abschied und Neubeginn

Cathrin Gudurat arbeitet seit Januar 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu-Standort Köln. Seit April 2012 unterstützt sie das Team des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz. Bereits während ihres Studiums der Stadt- und Raumplanung an der Fachhochschule Erfurt sammelte sie Projekterfahrungen im Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP). Sie beschäftigt sich hier vor allem mit dem Themenkomplex des Wohnens im Alter.

Eva Karcher, M.A. arbeitet seit Juni 2012 im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz. Sie studierte in Stuttgart Politikwissenschaften und Germanistik und arbeitete nach ihrem Abschluss unter anderem beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Berlin als Online-Campaignerin. Bereits während ihres Studiums sammelte sie praktische Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und politische Kommunikation. Eva Karcher ist im Projektteam mitverantwortlich für die Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit sowie die Website des Service- und Kompetenzzentrums.

Auch **Linda Krampe** arbeitet für das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“. Nach dem Abschluss der Studiengänge B.A. European Studies in Passau und Toulouse und M.A. Öffentliches und betriebliches Umweltmanagement in Berlin und Winnipeg forschte sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) zum Thema Synergien zwischen Natur- und Klimaschutz in der Landwirtschaft. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in der Beratung rund um die Kommunalrichtlinie des BMU zur Förderung von Klimaschutzprojekten.

Christine Krüger verstärkt seit Juli 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Standort Berlin das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz des Difu. Sie ist mitverantwortlich für die Beratungsleistungen für Kommunen zum kommunalen Klimaschutz, konzipiert Fachveranstaltungen,



Cathrin Gudurat
Foto: Sybille Wenke-Thiem



Eva Karcher
Foto: Sybille Wenke-Thiem



Linda Krampe
Foto: privat



Christine Krüger
Foto: Sybille Wenke-Thiem



Andrea Wagner
Foto: Jennifer Rumbach



Britta Sommer
Foto: privat



Judith Utz
Foto: Apart-Foto

Vernetzungsaktivitäten und Veröffentlichungen für kommunale Klimaschützer. Von 2001 bis 2002 sammelte Christine Krüger im Rahmen des Projekts „Kommunaler Umweltschutz in Mittel- und Osteuropa“ bereits Arbeitserfahrungen am Difu. Anschließend arbeitete sie bei ERM – einem global aufgestellten Unternehmen der Umweltbranche sowie beim adelphi-Büro für Politikanalyse und Strategieberatung. Ihre bisherigen Arbeitsinhalte im In- und Ausland umfassen unter anderem die Schaffung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen im Abfallbereich, die Ausgestaltung von Kreditlinien für Energieeffizienz sowie die Begleitung von Emissionsminderungsmaßnahmen und Infrastrukturvorhaben. Sie freut sich darauf, nunmehr wieder am Difu, deutsche Kommunen bei ihren Klimaschutzbemühungen zu unterstützen.

Britta Sommer ist seit Juli 2012 als Assistentin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz tätig. Sie hat eine Ausbildung zur Speditionskauffrau absolviert und wird im kommenden Jahr ein berufsbegleitendes Bachelorstudium an der Fernuniversität Hagen im Bereich Politik- und Verwaltungswissenschaften abschließen. In den letzten Jahren ist Britta Sommer in der

politischen Kommunikation für eine Krankenkasse sowie im Wissenschaftsmanagement eines Instituts der Leibniz-Gemeinschaft tätig gewesen. Im Service- und Kompetenzzentrum unterstützt Britta Sommer die Kollegen in allen administrativen und organisatorischen Fragen, ist zuständig für die Vorbereitung von Veranstaltungen und wird in die Beratung der Kommunen eingebunden sein.

Judith Utz ist seit Juli 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz am Standort Berlin. Hier verstärkt sie die Beratungsleistungen für Kommunen und organisiert Fachveranstaltungen und Vernetzungsaktivitäten für kommunale Klimaschützer. Die Geografin bringt Erfahrungen in der Arbeit mit Kommunen mit: Nach ihrem Studium war sie zunächst Projektkoordinatorin, dann Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Daneben war sie Lehrbeauftragte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bevor sie ins Difu wechselte, betreute sie das BIWAQ-Projekt „Kreativnetz Neukölln-KNNK“ im Planungsbüro Coopolis für kooperative Stadtentwicklung.

Nach fast vier Jahren Difu-Zugehörigkeit verlässt **Andrea Wagner** Ende September 2012 das Difu. Sie war als wissenschaftliche Mitarbeiterin anfangs im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen tätig und hat dort an Projekten zur Gewerbenflächenentwicklung mitgewirkt. Im Oktober 2009 wechselte sie in den Arbeitsbereich Umwelt nach Köln. An mehreren Projekten, u.a. zur Endenergieeinsparung, der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ und zur klimagerechten Stadtentwicklung war sie maßgeblich beteiligt. Auch mit den kommunalen Möglichkeiten, in der europäischen Zusammenarbeit Umweltfragen voranzubringen, hat sie sich befasst. Andrea Wagner hat zudem jüngst ein Vorhaben zur Klimaanpassung in Städten, Gemeinden und Landkreisen geleitet und bearbeitet. Ab dem 1. November 2012 wird Anrea Wagner in der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund tätig sein und eine Promotion anstreben.

Mediennachlese – Auswahl

[...] Auch die ökonomischen Folgen der Ausweisung neuer Baugebiete würden in den Kommunen zu wenig beachtet. Während allgemein davon ausgegangen werde, dass Neubaugebiete Mehreinnahmen für die Stadtkasse brächten, zum Beispiel aus dem Einkommensteueranteil, komme eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zu dem Ergebnis, dass bei Einbeziehung aller Kosten neue Baugebiete für die Kommune zu Mehrausgaben führen. **Wetterauer Zeitung, 30.8.12**

Kommunen in Not – Wie Kämmerer die Haushaltslöcher stopfen. Viele Kommunen in NRW stehen mit dem Rücken zur Wand: Die Einnahmen decken nicht mehr die Ausgaben für Sozialleistungen und nötige Instandhaltungen. Schwimmbäder, Bibliotheken oder Theater bleiben auf der Strecke. Was sind die Ursachen für die Krise und können die Kommunen aus der Misere wieder rauskommen? Interview mit Prof. Dr. Beckmann, <http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/2012/08/24/thema-nrw.xml?noscript=true> **WDR, 24.8.12, 15:05 bis 16:00 Uhr**

[...] Schon lange ist die grüne Wiese abgegrast; auch die Großstädte wurden bis auf Ausnahmen (Göttingen, Bremen) okkupiert. Jetzt sind die Klein- und Mittelstädte das Hauptobjekt der Begierde. In Dutzenden von ihnen laufen Planungen für immer neue Shopping-Malls, und das Argument, das zieht, ist immer dasselbe: Wer der Konkurrenz der Nachbarstädte und -städtchen trotzen wolle (wo derselbe Centerbetreiber natürlich genauso argumentiert), müsse selbst eine Shopping-Mall bauen. [...] Es mehren sich Studien, die den Handelsmaschinen eine äußerst zweifelhafte Wirkung zuschreiben. Renommiertere Forschungseinrichtungen wie das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin (difu), die Sozietät Junker und Kruse in Dortmund, Architekten wie Holger Pump-Uhlmann, Braunschweig/Delft, und Gerhard Krentz, Hameln (um nur einige zu nennen), sind daran gegangen, die „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ genauer unter die Lupe zu nehmen. [...] **Welt, 20.8.12**

[...] Kein Wunder, dass Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) der städtischen Energieerzeugung hohe Bedeutung für die Kommunen zuspricht: Konzessionsabgaben und Gewinnabführungen könnten bei einem Stadtwerk in einer Stadt mit 500 000 Einwohnern „schnell in die

100 Mill. Euro pro Jahr gehen“, sagte er in einem Interview mit „DEMO“, der Monatszeitschrift für Kommunalpolitik. Da die Stadtwerke zudem diverse Möglichkeiten des Sponsorings haben, könnten vor allem ärmere Kommunen indirekt Nutzen aus ihren Unternehmen ziehen, ohne dass Zuwendungen gefährdet würden. Hinzu komme, dass in Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur öffentliche Firmen wieder vermehrt als Instrument gesehen würden, um den regionalen Arbeitsmarkt zu befördern und Lohndumping zu vermeiden. [...] Auch bei Krankenhäusern sieht das Difu keine Rekommunalisierung, sondern eher „einen abgeschwächten Trend zur Privatisierung“. [...] **Börsen-Zeitung, 31.7.12**

[...] Völlig unerwartet hat sich das Fahrrad zu einer ernsthaften Alternative zum Auto entwickelt – vor allem in den verstopften Städten. Dieser Fahrrad-Boom hat mehrere Ursachen: Zum einen ist das Auto zu teuer geworden, nicht zuletzt wegen ständig steigender Spritpreise. In der Stadt nerven fehlende Parkplätze, endlose Staus machen das Auto für viele Pendler immer unattraktiver. Dazu kommen ein steigendes Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein. „Junge Leute im Führerscheinalter kaufen sich immer weniger Autos und fahren häufiger Rad“, sagt Arne Koerdts vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU). „Das einstige Statussymbol Auto verliert an Bedeutung.“ [...] Der Elektroboom hat gravierende Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten: „Das Pedelec setzt da an, wo das herkömmliche Fahrrad im bequemen Gebrauch an seine Grenzen stößt“, schreibt das DIFU [...] **Technology Review, 25.7.12**

[...] Bund lässt Neuregelungen des Bauplanungsrechts in der Praxis testen [...] Neben der stärkeren Regulierung von Spielhallen in Städten gehört auch die Erleichterung des Baus von Kindergärten in Wohngebieten zu den Zielen des Reformvorhabens, das Bundesbauminister Peter Ramsauer Anfang Juli ins Bundeskabinett eingebracht hat. Dortmund ist dabei eine von sieben Modellkommunen in Deutschland, in denen das neue Gesetz vorab auf seine Praxistauglichkeit getestet wird. [...] Andere Regelungen, etwa zur Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude, betreffen in erster Linie ländliche Kommunen, die auch an dem Modellprojekt teilnehmen. Die Federführung hat dabei das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin. Dort findet im September der Abschluss-Workshop statt. **Ruhr Nachrichten, 20.7.12**



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Christian Flick (stud. Hilfskraft)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler,
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>
<http://www.kommunalweb.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 38/vierteljährlich
Stand: 28. September 2012

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

[...] Bereits seit 2009 fördert die Bundesregierung Elektromobilität in Modellregionen. Über das Deutsche Institut für Urbanistik hatten Bundesverkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftsministerium dabei in einem ersten Schritt bundesweit 205 Einzelprojekte verglichen. Insgesamt hatten sich bundesweit 23 Regionen beworben, die Hauptstadtregion war im Frühjahr schließlich als eine von vieren ausgewählt worden. Innerhalb der Schaufenster bewerben sich jetzt im zweiten Schritt zahlreiche Einzelprojekte um die Bundesmittel – Berlin und Brandenburg hatten sich mit insgesamt 257 Projektpartnern beworben, darunter 205 Unternehmen und 24 Forschungseinrichtungen. Für das auf drei Jahre angelegte Programm stellt der Bund Fördermittel in Höhe von bis zu 180 Millionen Euro zur Verfügung. **Potsdamer Neuste Nachrichten, 7.7.12**

[...] Dass nachhaltige Finanzpolitik mehr als eine neue Modeerscheinung, sondern vor allem ein Thema für die kommunale Ebene ist, machten die Referenten auf dem Kongress im Fachforum „Nachhaltig haushalten und verwalten“ deutlich. Die „finanzielle Nachhaltigkeit“, also die Fähigkeit einer Körperschaft, ein Leistungsangebot zu erbringen und den finanziellen Verpflichtungen jetzt und in Zukunft nachzukommen, sei vielerorts in Gefahr. [...] Stefan Schneider, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik (difu), zeigte, dass sich die finanzpolitische Nachhaltigkeitslücke aufgrund des demographischen Wandels in den meisten Kommunen bis 2025 deutlich verschärfen werde. Hinzu komme, dass aufgrund sinkender Nettoinvestitionen die Abschreibungen der Kommunen an ihren Vermögen höher sind als deren Investitionen. [...] **Behörden Spiegel, 7/12**

Noch ist er eine Vision, ob er je Wirklichkeit wird, ist noch unklar. Doch schon jetzt sorgt er für viel Aufmerksamkeit: der Radschnellweg Ruhr. Gestern hat er zudem eine wichtige Hürde genommen: Das Bundesverkehrsministerium finanziert eine Machbarkeitsstudie zu dem innovativen Radweg. „Das Projekt ist ein ganz großes Thema“, sagt Mobilitätsforscher Jörg Thiemann-Linden vom Deutschen Institut für Urbanistik. Bundesweit bekomme die Planung des Radschnellwegs quer durchs Ruhrgebiet schon jetzt große Beachtung. „In der Form ist das für Deutschland ein Pilotprojekt“, weiß Thiemann-Linden, „etwas ganz Besonderes.“ [...] „Dass das funktioniert, wissen wir aus dem Ausland“, sagt Mobilitätsforscher Thiemann-Linden. Überall, wo es schon Radschnellwege gebe, seien die Zahlen der Pendler, die mit dem Rad zur Arbeit fahren,

steil angestiegen. [...] „Radschnellwege sind das verkehrsplanerische Thema in Ballungsgebieten, wo die Straßen häufig verstopft sind und der ÖPNV an der Grenze oder überlastet ist“ [...] **RuhrNachrichten.de, 19.6.12**

[...] Die schwierige bis ausweglose Situation von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien steht auch im Blickpunkt einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Die Untersuchung, die als Städtevergleich im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde, kommt zu dem Schluss, dass sich Kinderarmut in bestimmten Stadtteilen überdurchschnittlich konzentriert. Mehr noch: Die betroffenen Regionen werden entwicklungs- und räumlich von den kommunalen Zentren abgekoppelt. [...] Beobachtung und Prophylaxe lautet der Auftrag des Difu an die Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik. Gebiete, in denen der Anteil benachteiligter Menschen konstant hoch sein oder kontinuierlich ansteige, benötigten „eine dauerhafte Förderung“, schreiben die Forscher und verweisen dabei namentlich auf das Projekt „Soziale Stadt“. [...] „Bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, ist eines der wichtigsten Instrumente, um der Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken“, heißt es vom Difu. **TELEPOLIS, 19.6.12**

Zwei von drei Kommunen erwarten keine maßgebliche Verbesserung des Investitionsrückstands innerhalb der nächsten fünf Jahre. [...] Diese alarmierende Entwicklung wird aus dem kürzlich veröffentlichten KfW Kommunalpanel deutlich, für das das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) deutschlandweit rund 2250 Städte, Gemeinden und Landkreise befragte. [...] Der kommunale Investitionsrückstand bei der Kinderbetreuung und bei den Schulen (Kommunen insgesamt 27 Milliarden Euro), sowie bei den Straßen und der Verkehrsinfrastruktur (insgesamt 25 Milliarden Euro) wird vor allem bei den stark schuldenbelasteten Großstädten und bei den finanzschwachen Städten und Gemeinden vermutlich noch zunehmen. Wenn, so Dr. Busso Grabow, Leiter des Bereichs Wirtschaft und Finanzen im Difu, „dies mit einem Verzicht auf notwendige Zukunftsinvestitionen verbunden ist – auch im Zusammenhang mit der Energiewende – dann muss man ein entstehendes „kommunales Armenhaus“ befürchten.“ [...] **Kommunalwirtschaft, 5/12**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse**__ Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz:**

NEU

„Traumquote“ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?

Dokumentation der Tagung zum Thema Kindertagesbetreuung am 1./2. März 2012 in Berlin
Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua (Hrsg.)
Bd. 5/2012. 124 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-510-3

__ Expl. Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009

NEU

Von J. Dohnke, A. Seidel-Schulze und H. Häußermann
Bd. 4/2012. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-507-3

__ Expl. Bürgerbeteiligung in Kommunen

Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 3/2012. 72 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-506-6

__ Expl. Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement

Doku des 16. Energiebeauftragten-Kongresses
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2012. 216 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-505-9

__ Expl. Mobilitätsverhalten in Deutschland

Aufbereitung u. Auswertung von Mobilitätskennwerten
Von Wulf-Holger Arndt und Frank Zimmermann
Bd. 1/2012. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-503-5

__ Expl. Flächen ins Netz (FLITZ)

Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government
Von Busso Grabow u.a.
Bd. 8/2011. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-502-8

__ Expl. „Wer zahlt die Zeche?“

Das Konnexitätsprinzip – richtig angewandt
Tagungsdokumentation
Arno Bunzel und Stefanie Hanke (Hrsg.)
Bd. 7/2011. 92 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-501-1

__ Expl. Friedhofsentwicklung in Kommunen

Stand und Perspektiven
Von Angela Uttke und Luise Preisler-Holl
Bd. 6/2011. 142 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-500-4

__ Expl. Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was

Fachtagungsdokumentation
Jürgen Gies (Hrsg.)
Bd. 5/2011. 182 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-499-1

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**__ Expl. Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge statt Einzelfallbelastung für Anlieger**

NEU

Von Irene Schlünder
2012. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

__ Expl. Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe

NEU

Ergebnisse aus zwei Kommunalbefragungen
Von Holger Floeting und Antje Seidel-Schulze
2012. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten

Von Gerd Kühn
2011. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe**__ Expl. Risiken – Fehler – Krisen. Risikomanagement im Jugendamt als Führungsaufgabe**

NEU

Doku der Fachtagung am 18./19.04.2012 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.),
2012, Bd. 85, ca. 130 Seiten, 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-92-2

__ Expl. Erfolg im zweiten Anlauf!? Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in der kommunalen Praxis

Doku der Fachtagung am 24./25.11.2011 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2012. Bd. 83, 198 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-90-8

__ Expl. Jugendhilfe an der Nahtstelle zum SGB II – viel Verantwortung, wenig Einfluss?

Kommunale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2012. Bd. 82, 180 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-89-2

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlreiche, auch farbige Abbildungen, Tabellen, Übersichten, 26,- Euro
ISBN 978-3-88118-483-0

__ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier

Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-472-4

__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh u.a.
2010. Bd. 8., 352 S., zahlreiche Fotos, 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011., 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

Arno Bunzel (Hrsg.), Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

NEU

Natur und Landschaft bei der Konversion militärischer Liegenschaften

Von Arno Bunzel und Daniela Michalski
Im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
2012, 134 S., zahlreiche vierfarbige Abbildungen
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2012/natur-und-landschaft-bei-der-konversion-militaerischer.html>

NEU

Untersuchung der Kostenbeteiligung Dritter an den Infrastrukturkosten von Baumaßnahmen

Von Arno Bunzel, Irene Schlünder, Stefan Schneider
2012, 62 S., 1 Abb., 13 Tab.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=F37XUJEO>

NEU

Forschung für und mit Kommunen: Zur transdisziplinären Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis

Von Stephanie Bock, Gregor Jekel, Jens Libbe, Ajo Hinzen
REFINA, 2012, 62 S.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=41WLJH76>

Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen

Praxisbeispiele
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 84 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen
Nur noch als kostenloser Volltextdownload verfügbar:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RKUFPIZG>

__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2011

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 120 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Unternehmen

Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 88 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Abfallwirtschaft

Aktivitäten und Potenziale der kommunalen Abfallwirtschaft im Klimaschutz
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 72 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Abwasserbehandlung

Praxisbeispiele zum Klimaschutz in der kommunalen Abwasserbehandlung
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 80 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2011. Loseblattsammlung im Ordner, 512 S., farbig
Schutzgebühr 14,40 Euro (innerhalb Deutschlands versandkostenfrei)
ISBN 978-3-88118-496-0